

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 52.

Sonnabend, den 28. Dezember 1912.

16. Jahrgang.

## Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Jahresrückblick. — Ein neues Reichsgerichtsurteil gegen den Boykott. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Steinausführungen. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literarisches. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Aus dem Zentrums-Keram- und Steinarbeiterverband. — Mißglückte Verschmelzungsbestrebungen bei den Bildhauern. — Die Beteiligung Amerikas an der Internationalen Bauausstellung in Leipzig. — Wie bewahren sich die Respiratoren für die Sandsteinarbeiter? — Feuilleton: Steinbruchstimmungsbild. — Einiges über Operationsfurcht.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Sperret sind:** Wolfschagen (Sarg): Die Pflastersteinwerke zu Langelsheim. — Giersdorf (Kreis Meißel): Firma Kielow. — Steinwiesen: Firma Böpp. — Dortmund: Der Zwischenunternehmer W. Wild.

**Zobnbären.** Wegen zu schlechter Affordentlohnung haben im Braunschweiger Sandsteinwerk 17 Kollegen die Arbeit eingestellt; 14 davon sind bereits abgereist.

**Ströbel (Schlesien).** Für etwa 170 Kollegen des Pflasterwerkwerkes Schall konnte erstmalig ein Tarif abgeschlossen werden.

**Salsfelder Sandsteinbezirk.** Mit der Firma Lachenauer sind Differenzen ausgebrochen. Die Steinmehnen leiten im Winter Abräumungsarbeiten und nun will die Firma, daß diese Arbeiten im Afford ausgeführt werden sollen. Die Kollegen lehnten dieses Ansinnen ab.

**Frankreich.** Das Granitwerk in Abainville ist gesperrt.

## Jahresrückblick.

Ein recht bewegtes Jahr geht zur Reize. Die politischen Wogen gingen angesichts der Reichstagswahlen, die Ende Januar stattfanden, sehr hoch, und die Arbeiterchaft kann mit dem Ausgang der Wahl selbst sehr zufrieden sein. In den Wahlkreisen Hof, Holzminde, Pirna, Löbau und Striegau, die eine starke Steinindustrie aufweisen, konnten Sozialdemokraten in das Reichsparlament entsandt werden. Der glänzende Erfolg, daß 110 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt werden konnten, zeigt, welche Macht in Deutschland Gewerkschaften und Partei erlangt haben. Nach dieser glänzenden Wahlschlacht setzte zu Beginn der Monate März und April für die Gewerkschaften durch die Inzentrierung von Hunderten von Lohnbewegungen eine intensive Tätigkeit ein. Das Jahr 1912 muß in wirtschaftlicher Beziehung, soweit insbesondere der Beschäftigungsgrad für die Arbeiter in Frage kommt, ein sehr günstiges genannt werden. — In der Steinindustrie wurden etwa hundert Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht, die unsern Mitgliedern beinahe überall einen vollen Erfolg brachten. Noch in keinem Jahre sind für unsre Kollegen soviel Erfolge zu buchen gewesen, wie im heurigen.

Die Konjunktur in der Steinindustrie weist in den einzelnen Gruppen folgendes Bild auf:

Die Sandsteinindustrie war ja in den Sommermonaten leidlich beschäftigt, aber im November setzte in den Distrikten ein bedauerlicher Rückschlag ein. Große Entlassungen fanden statt in Niederschlesien, im Elbetaal, in Unterfranken und in den Distrikten Hannovers und Braunschweigs. Vorratsarbeiten können in Sandstein gar nicht hergestellt werden, und wenn auf einem Werkplatz die Giebelstücke zu einem Bau aufgebaut werden, dann müssen sich unsre Kollegen schon auf die Aushändigung der „Fremdenzeitel“ gefaßt machen. Es ist eben auch den Unternehmern in den Herbstmonaten nicht leicht, neue Aufträge heranzubringen zu können. Auch darf nicht verkannt werden, daß in den Sandsteindistrikten Sachsens und Schlesiens durch die Einrichtungen der Sägereien Hunderte von Steinmehnen überflüssig geworden sind. Wer dementsprechende Studien unternehmen will, braucht bloß nach Rottmorsdorf und Wünschelburg zu gehen. Dort sind enorme Sägereibetriebe vorhanden, in denen die „glatten“ Arbeiten beinahe ohne Hilfe des Steinmehnen hergestellt werden.

Im unterfränkischen Muschelkalkgebiet war im ersten halben Jahr die Beschäftigung nicht schlecht, flaute aber dann merklich ab. Es ist bezeichnend, daß in jenem Gebiet heute die Unternehmer sich mit der korrekten Durchführung des Tarifs noch nicht abgefunden haben.

Die Marmorindustrie kann über den Geschäftsgang in diesem Jahr nicht klagen. Es wurde in einigen größeren Betrieben, so in Kiefersfelden, Wehlar, Willmar und Oberpeilau sogar mit Hochdruck gearbeitet. Zur Verarbeitung kam meistens ausländisches Material. Im Eifelgebirge (Rheinprovinz) wurden zwei neue Marmorbrüche erschlossen. Eine große Zukunft wird dieses Material nicht haben.

Glänzend war die Hartsteinindustrie beschäftigt. Die gefüllten Lagerplätze im großen Striegauer Granitbezirk wurden im Frühjahr schon vollständig geräumt

und bis dato konnten kaum die eingegangenen Aufträge erledigt werden. Nach der Meldung der Unternehmensfachpresse sollen sogar die weit vom Wirtschaftsgebiet abgelegenen niederbayerischen Betriebe genügende Aufträge gehabt haben. Dieses kam unsern dortigen Kollegen bei den Tarifverhandlungen im Mai sehr zustatten. Bezeichnend ist allerdings, daß in den Granitsteinmehnbetrieben eine ansehnliche Vermehrung von Arbeitskräften kaum mehr eintreten wird. Und in den Steinbrüchen selbst werden zum Fördern der Rohmaterialien immerzu neue Maschinen verwendet, so daß bei der stabil bleibenden Arbeiterzahl die Produktion noch um ein Erkleckliches gesteigert werden kann. Dadurch, daß die Steinbrüche mit den besten technischen Hilfsmitteln ausgerüstet werden, ist es auch möglich, daß bei der Rohsteingewinnung ohne große Schwierigkeiten der sogenannte „Kernstein“ herausgeholt werden kann.

Die Monumentalbranche war im allgemeinen gut beschäftigt. Soweit die Werke „Verkleidungsarbeiten“ für großstädtische Bauten übernehmen, kommt es allerdings häufig vor, daß an die Kollegen bezüglich der Leistung von Ueberstunden ganz außergewöhnliche Anforderungen gestellt werden. Im übrigen muß gesagt werden, daß die Schleifereibetriebe alles versuchen, in künstlerischer Beziehung den neuzeitlichen Anforderungen gerecht zu werden. Die Ausstellung für Friedhofskunst in Frankfurt a. M. hat dies sehr gut bewiesen.

Die Pflaster- und Schottersteinwerke können wiederum auf ein sehr günstiges Wirtschaftsjahr zurückblicken. Einige Großstädte hatten geradezu enorme Pflastersteinlieferungen vergeben. Im „Steinbruch“ war mehr wie einmal zu lesen, daß die Industriellen mit diesem Geschäftsgang zufrieden sein können. Auch ein Anziehen der Preise konnte gemeldet werden. Wir haben in der Hartsteinindustrie Werke, die im Jahre 10 000, 15 000, ja sogar 22 000 Eisenbahnwaggons Steine verladen. Daraus können sich die Leser schon einen Begriff machen, mit welcher riesigen Kapitalien diese Industriellen arbeiten.

In den Kalk- und Dolomitsteinbrüchen wurde ebenfalls mit Hochdruck gearbeitet. Ein Teil unserer Verbandsmitglieder wird sich sagen, die Arbeiter in jenen Betrieben haben für uns ja kein allzu großes Interesse. Dem möchten wir aber mit dem Einwand begegnen, daß in jenen Betrieben im Jahre 1911 16 114 Vollarbeiter beschäftigt waren, für welche eine Lohnsumme von 16 367 412 Mark ausbezahlt wurde. Die Kalk- und Dolomitsteinbrüche sind teils den Kalk-, teils den Zementwerken angegliedert. Aber die Zahl der zitierten Vollarbeiter kommt nur für die Beschäftigten in den Steinbrüchen in Betracht. Und daß die Kalk- und Zementproduktion in den letzten Jahren gewaltig gesteigert wurde, das zeigen die Ausweise der Aktiengesellschaften. Das Aktienkapital von 69 Zementfabriken beträgt 144,74 Mill. Mark, die verteilte Dividende betrug 1911 6,08 Mill. Mark, 1912 8,08 Mill. Mark. — In der Agitation müssen wir in Zukunft alles daran setzen, um in den Kalk- und Dolomitsteinbrüchen noch mehr Erfolge zu erzielen.

In den thüringischen Schieferbrüchen kann über den Geschäftsgang ebenfalls nicht geklagt werden. In Lehesten, dem Hauptort der Dachplattenproduktion, konnten, wie uns berichtet wird, die umfangreichen Lagerbestände geräumt werden. In Lehesten unterhält der meiningische Staat einen Schieferbruch, der eine Belegschaft von etwa 900 Mann zählt. Wie ungenügend die Löhne dieser Arbeiter sind, geht daraus hervor, daß im Durchschnitt der Jahresverdienst etwa 870 Mk. beträgt. Man muß sich unwillkürlich fragen, wie ist es möglich, daß die Arbeiterschaft mit solchen Löhnen überhaupt auskommen kann. In den Schiefergriffelhütten zu Steinach wird mit einem großen Raffinement in maschineller Hinsicht gearbeitet, an Aufträgen fehlt es in diesem Jahre nicht. Durch unsern Verband konnte für die Griffelmacher eine fünfprozentige Lohnerhöhung erreicht werden.

Bedeutungsvoll für die Pflaster- und Schottersteinindustrie war, daß zu Beginn des Oktobers die billigeren Frachtsätze in Kraft traten. Einige Unternehmer wollen immer noch nicht eingestehen, daß damit die Hartsteinindustrie immerhin sehr stark profitiert hat. Ein Werk des Westerwaldes macht aber doch eine Ausnahme und es schreibt in seinem Geschäftsbericht folgendes:

„Die mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft getretenen neuen Frachttarife bringen der Pflastersteinindustrie zwar keinen Ersatz für den entgangenen Schutzoll, wohl aber eine dankenswerte Verbilligung der Frachten für die geringwertigen Erzeugnisse, wie Abfallsteine, Splitt und Grus, deren Verwendung für Bau- und Betonzwecke dadurch eine bedeutende Steigerung erfahren wird. Da zugleich in den besten Steinarten eine Bedarfssteigerung unverkennbar hervorgetreten ist, so darf die Gesellschaft für ihre künftighin vermehrte Leistungsfähigkeit lohnende Beschäftigung um so mehr erwarten, als belangreiche Mengen für längere Zeit schon jetzt verkauft sind.“

Wir gönnen der Steinindustrie, daß nun endlich einmal das Versprechen eingelöst wurde bezüglich der niedrigeren Frachttarife. Mit dem Hinweis, daß die Nachfrage nach besseren Pflastersteinarten steigt, wird es ohne weiteres seine Richtigkeit haben, denn die Stadtverwaltungen sind auch längst dahinter gekommen, daß sie am besten fahren,

wenn sie bei Straßenpflasterungen nur erstklassige Steine verwenden.

Die Ein- und Ausfuhr von Pflastersteinen vom Januar bis Oktober 1912 zeigt folgendes Bild:

	1912	1911
Einfuhr	4 985 918	4 816 073
Davon aus:		
Belgien	21 983	59 939
Dänemark	136 334	153 523
Norwegen	115 863	150 437
Oesterreich-Ungarn	264 316	291 076
Schweden	4 382 818	4 148 416
Ausfuhr	746 986	642 925
Davon nach:		
Niederlande	309 959	273 977
Oesterreich-Ungarn	253 630	219 311
Schweiz	97 826	98 254

Die Einfuhr aus Schweden hat ihren Höhepunkt überschritten, die deutsche Ausfuhr hat über 100 000 Doppelzentner zugenommen. Eine detaillierte Statistik über die Einfuhr der Rohblöcke in Granit und Marmor liegt zurzeit noch nicht vor.

Die größten Erfolge liegen im Jahre 1912 auf dem Gebiete des Tarifwesens. Darin haben wir diesmal einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Besonders der Hartsteinindustrie kamen diese sehr zugute. Mit einem Schläge ist es gelungen, in den größten deutschen Granitbezirken die „wilde“ Affordentlohnung zu beseitigen. Die „erstmaligen“ Tarifabschlüsse in Ströbeln, Strödel, Häslich, Groß-Rosen, Niklasdorf, Kalthaus Gorkau, diese Orte liegen in Schlesien, sind von einer großen Bedeutung. Als sehr wichtige erstmalige Tarifabschlüsse seien dann die im Gaubezirk Dresden genannt. Es kam zu Tarifabschlüssen in Demitz-Thumitz, Ramenz, Häslich, Schwosdorf, Bischofswerda, Cunewalde, Oberkeina und Taubenheim. Und was bemerkenswert ist: diese Abschlüsse, an denen etwa 4500 Verbandsmitglieder partizipierten, kamen ohne Streik zustande. Gerade weil in der Granitindustrie beinahe um jeden Tarifabschluß gekämpft werden mußte, sind die diesjährigen Abschlüsse um so bemerkenswerter. Gewiß gab es in dieser oder jener Zahlstelle Leute, die noch „mehr“ erreichen wollten. Dabei wurde allerdings nicht berücksichtigt, welche enormen Schwierigkeiten zu überwinden wären, um in Schlesien und in der Lausitz in das große Lothwabohe der Entlohnung einigermaßen Ordnung bringen zu können. Gerade in der Lausitz, wo eine starke Granitindustrie herrscht, war es außerordentlich schwierig, mit unsern Verbände vorwärts zu kommen. Der Abschluß des Bezirkstarifs für Demitz-Thumitz brachte uns Hunderte von neuen Mitgliedern, und die Zahlstellen sind innerlich sehr gefestigt. Besonders fällt noch auf, daß bei den meisten Tarifabschlüssen die Löhne der Hilfsarbeiter mit geregelt werden konnten. Die Steinindustriellen sind nicht davon entzückt, daß sich seit zwei Jahren unser Verband jener Arbeiterkategorie so energisch annimmt. — Für die Sandsteinmehnen Sachsens wurde unter großen Geburtswehen ein Landestarif geschaffen, der dazu geschaffene umfangreiche Kommentar zeigt, daß die geleistete Arbeit eine sehr große war. Dieser Landestarif ist gewiß noch verbesserungsbedürftig, aber bei Tarifbewegungen in andern Gebieten wäre es sehr zweckmäßig, wenn man sich an das sächsische Muster halten würde. — Auch in Süddeutschland hat sich die Tarifentwicklung sehr günstig angefallen, wir nennen bloß die Gaubezirke Mannheim, Karlsruhe, Würzburg und Regensburg. Im „schwarzen“ Bayern existiert eine starke Steinindustrie, das Tarifwesen ist dort in aller Form ausgeprägt. — Eines energischen Vorstoßes, um das „wilde Affordwesen“ zu beseitigen, bedarf es noch im Grimmaer und Muzner Gebiet, in Gommern, im Westerwald und im westfälischen Grauwadengebiet. In den genannten Steinbruchbezirken herrschen allerdings nur Großindustrielle. Wir haben schon mit allen Streiks geführt, ohne zu Tarifabschlüssen zu kommen. Ja, eben gegenwärtig Lumpazius wird nun sagen, alle diese Streiks waren umsonst, die Unternehmer können ja nun triumphieren. Aber nur gemacht, diese Anstürme haben sicherlich das Praktische gehabt, daß die Unternehmer die Stärke unseres Verbandes kennen und des weiteren müssen sie damit rechnen, daß wir in absehbarer Zeit wieder kommen werden. — Und schon so mancher Unternehmer wurde durch die Geschlossenheit unser Mitglieder in bezug auf seine Tarifgegnerschaft eines andern belhrt. Wir hatten vor Jahren Streiks verloren im Fichtelgebirge, in Striegau, in Ströbeln und heute haben wir dort ein ausgebreitetes Bezirkstarifwesen. — Es ist eine Glanzleistung, daß heute etwa 70 Prozent der gesamten Mitglieder des Verbandes unter tariflichen Bedingungen arbeiten. Darin steckt eine Unmenge geleisteter praktischer Gewerkschaftsarbeit.

Im Berichtsjahr, und zwar im Wonnemonat Mai, fand in München unsere Generalversammlung statt. Nach den erzielten glänzenden organisatorischen Erfolgen hätte der Verlauf ein viel zufriedienstellender sein müssen. Aber Bömelburg hatte recht, wenn er einmal sagte: Das ist ja das traurige, daß die Arbeiter ihre Erfolge immer selbst verkleinern. Und diese Methode wird in unsern Kollegenkreisen hinlänglich gepflogen. Wir haben in München hören müssen, daß größtenteils die Delegierten aus den

ältesten Verbandsbezirken mit der kleinlichsten Kritik einsetzten. Das hatte auf einen Teil der Delegierten einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht.

Eine bedeutende Neuerung wurde dieses Jahr durch die Neueinführung des Verbandsrats geschaffen. In diese Instanz wurden 15 Kollegen gewählt, die heute noch praktisch tätig sind, jede Bureaufraisierung, die öfters im Verbandsleben gerne betont wird, ist somit völlig ausgeschlossen. Bemerkenswert sei, daß auch die Bauarbeiter auf ihrer Generalversammlung, die demnächst in Jena stattfindet, eine solche Instanz schaffen werden. Im Verbandsrat unter ihrer Organisation sind die einzelnen Branchen ihrer ungefähren Stärke nach vertreten. Für den ganzen Entwicklungsgang unserer Organisation war eine solche Berücksichtigung sehr am Platze. Hoffen wir, daß sich diese neue Institution vollauf bewähren möge. Allerdings, die Wahlen selbst zu dem Verbandsrat sind in ganz flauer Weise vor sich gegangen, so daß in Zukunft dieselben aus rein praktischen Gründen auf den Konferenzen bzw. der Generalversammlung bestätigt werden müssen. Dieses Jahr wurde besonders in journalistischer Weise viel getan, um die Interessen der Mitglieder recht intensiv zu vertreten. Nicht weniger als vier verschiedene Petitionen hat die Verbandsleitung hinausgegeben lassen. Die erste Petition sehr umfangreichen Charakters mit dem Thema: Warum schließen die Hartsteinindustriellen keine Tarifverträge ab?, ging an über 200 Stadtverwaltungen und andere Interessenten. Die Petition hat ihren Zweck vollständig erfüllt.

Die zweite Petition ging an die Reichsbehörden, es wird darin verlangt, daß in den Steinbrüchen, vornehmlich den Schotterwerken, nur geeignete Maße und Gewicht verwendet werden dürfen. Es ist zu erwarten, daß der gemachten Anregung zugestimmt wird. Die dritte Petition ging an den Reichsanwalt und das Reichsamt des Innern. Diese betrifft speziell die Sandsteinarbeiter, und es wurde für jene Arbeiterkategorie gefordert, daß a) die Bundesratsverordnung besser durchgeführt wird, und daß b) die berufsständigen Kollegen nach den Sätzen der Unfallversicherung entschädigt werden. Dem Verlangen unter a) wurde stattzugeben versprochen, die übrige, viel wichtigere sozialpolitische Forderung wurde dagegen glatt abgelehnt. Aber diese Frage wird verbandsseitig weiter verfolgt werden müssen. — Die Petition Nr. 4 war gerichtet an die deutschen Oberbürgermeister und Friedhofsverwaltungen und hatte den Zweck, dagegen zu protestieren, daß die polierten Hartgesteine zu Denkmalszwecken nicht mehr verwendet werden dürfen. Unsere Kollegen in den Schleifereibetrieben haben ein eminentes Interesse daran, daß die verschiedenen Hartgesteine auf den Friedhöfen auch weiterhin, und zwar in poliertem Zustande, zu Denkmalszwecken zugelassen werden. — Der Elberfelder Oberbürgermeister erwiderte auf die Petition unter anderem folgendes:

Ich teile übrigens meinerseits keineswegs die grundsätzliche Abneigung gegen die Verwendung von Hartgesteinen zu Friedhofsdenkmalern, halte dieses Material vielmehr bei künstlerischer, dem Material angepaßter Form und künstlerischer Ausführung hierfür sehr wohl geeignet.

Die vier skizzierten Petitionen, welche zum Verband kamen, waren sicherlich nicht überflüssig, damit kommt im Gegenteil zum Ausdruck, daß die Verbandsleitung eine frische Initiative entwickelt hat.

Ueber die Mitgliederbewegung sei folgendes erwähnt: Der Stand der Mitgliederzahlen bezifferte sich in den letzten fünf Jahren, nach den jeweiligen Ergebnissen des 3. Quartals, folgendermaßen:

1908	18 042	Mitglieder
1909	17 502	"
1910	21 055	"
1911	28 076	"
1912	30 089	"

Daraus ergibt sich, daß besonders vom Jahre 1910 auf 1911 eine enorme Mitgliederzunahme eintrat. Es wird Aufgabe aller verantwortungsvollen Instanzen sein, das Hauptaugenmerk darauf zu lenken, daß es möglich wird, unsere Reihen auch weiterhin bedeutungsvoll stärken zu können.

Die Finanzen des Gesamtverbandes haben sich wiederum sehr günstig entwickelt. Am Schlusse des dritten Quartals betrug das Hauptkassenvermögen 704 401,06 Mk., die Lokalkassen wiesen einen Bestand von 213 684,99 Mk. auf. Es ist zu erwarten, daß der Jahresabschluss einen Finanzausweis von einer Million Mark ergeben wird. In den Zahlstellen muß noch mehr darauf gesehen werden, Lokalschlüsse zu erheben. Dann können auch in den Wechseljahren des heutigen Wirtschaftskampfes über den Rahmen des Statuts hinaus Unterstützungen gezahlt werden. Leider haben viele Ortsverwaltungen nicht den geschäftlichen Weitblick, in den betreffenden Versammlungen die Stärkung der örtlichen Finanzen zu erörtern. — Daß auch in den Zahlstellen der Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit immer mehr erweitert wird, ist ja zur Genüge bekannt. In Demitz-Thumitz (Vauß) und Häslitz (Schleßen) wurden die Kollegen gezwungen, eigene Verbandshäuser zu erbauen. Das Gebäude in Demitz steht mit 22 000, das in Häslitz mit etwa 55 000 Mk. zu Buch. In beiden Zahlstellen ist man bemüht, durch eine hohe Amortisation zu erreichen, daß die hypothekarische Belastung recht bald eine geringere wird. Aus eigenen Mitteln haben die Demitzer ca. 6000 Mk. und die Häslitzer Kollegen 28 000 Mk. aufgebracht.

Daraus ersieht man, was in finanzieller Hinsicht geleistet werden kann, wenn die Kollegen einig sind. Durch die Erbauung dieser Häuser in den beiden Zahlstellen konnte unter der Steinarbeiterschaft die Wohnungsnot ebenfalls gemildert werden.

Ueber unser Verbandsorgan brauchen wir nicht viel zu berichten. Die Leser können sich selbst ein Urteil bilden, ob die Redigierung eine solche ist, daß damit die Ansprüche der Kollegen einigermaßen — erfüllt werden. Es war unser Bestreben, aus Kollegenkreisen eine Reihe von Mitarbeitern heranzuziehen. Das ist allerdings ein schweres Beginnen. Wir appellieren nochmals an unsere Kollegen mit journalistischer Befähigung, uns auch im kommenden Jahre mit ihrer Mitarbeit zu unterstützen. Ablehnungen von Artikeln und Berichten haben wir nur selten vorgenommen, und wenn es geschah, lag diese Handlungsweise im Interesse des Verbandes. Die Auflage des Verbandsorgans beträgt zurzeit rund 34 500 Exemplare. — Auch in diesem Berichtsjahre wurden wieder sehr viel Klagen laut, daß in der Steinindustrie die Unfallsver-

hütungsvorschriften sowie die Bundesratsverordnung sehr schlecht durchgeführt werden. Man sieht daraus, daß sich die Unternehmer um das Wohl der Arbeiter gar nicht kümmern. Etwa 230 Unfälle mit tödlichem Ausgang kommen alljährlich „bloß“ in der Steinindustrie vor, und die amtlichen Berichte lassen erkennen, daß die Unfallziffern immer mehr anwachsen, fürwahr, eine sehr bedenkliche Erscheinung. Der Kapitalismus braucht sich ja, wenn alljährlich Hunderte von Kollegen zu Krüppeln werden, um einen Arbeiternachwuchs nicht zu kümmern, denn die industrielle Reservearmee ist immer so groß, daß die Herren Unternehmer nur selten in Verlegenheit kommen, Mangel an Arbeitskräften zu haben. — Kollegen, tun wir in Zukunft alles, um in unseren eigenen Reihen mehr Aufklärung über die Respektierung der Arbeitervorschriften zu schaffen.

Innerhalb des Verbandes hat sich unter den Angestellten ein größeres Revirement notwendig gemacht, indem eine Reihe Neuanstellungen vollzogen wurden. Im Hauptbureau wurden angestellt die Kollegen Koch und Schmidt; zum Gauleiter für den 2. Bezirk wurde Kollege Steininger gewählt. Für den Bezirk Beucha-Grinna wurde der Koll. Schlegel als Lokalbeamter und für den Bezirk Ködnitz-Wurzen wurde Kollege Kern als Bezirksleiter gewählt. Der bisherige Lokalbeamte für Striegau, Koll. Daubenthaler, gab seine Stellung am 1. Dezember d. J. auf, um den freigeordneten Kassiererposten des Konsumvereins in der genannten Stadt zu übernehmen. Für den Striegauer Zahlstellenposten wurde dann Kollege Müller (Gisdorf) gewählt. Die Kollegen des Fichtelgebirges hatten ebenfalls die Anstellung eines Bezirksleiters geplant, bisher scheiterte aber die Idee daran, weil sich die Mitglieder scheuen, einen minimalen Beitragszuschlag einzuführen.

Anerkennung müssen wir besonders den „ehrentlichen“ Funktionären zollen. Unsere Zahlstellen befinden sich meist auf dem Lande, da haben die Funktionäre eine ungemein schwierigere Stellung als wie in den Städten. In den kommenden Wochen finden ja überall die Generalversammlungen statt, und da ist es selbstverständlich, daß man unsere Verwaltungsmitgliedern für ihre mühevollen und umsichtige Arbeitsleistung auch Dank und Anerkennung ausspricht. Unre Lokalvorsitzenden und Kassierer müssen jedoch mit einer Riesengeduld gewappnet sein, denn es gibt leider nur zuviel Nörgler, die an allen Maßnahmen der Ortsverwaltung etwas auszufehen haben. Die Kritik wird nur zu leicht angelegt, wenn es sich aber darum handelt, um Mitarbeiter für die Zahlstellen zu finden, so sind jene „Bessermacher“ zu irgendeinem Posten nicht zu haben.

Die Reorganisationsbestrebungen der Unternehmerverbände müssen wir auch mit einigen Strichen kennzeichnen. Unsern Lesern ist bekannt, daß in der Steinindustrie eine einheitliche Unternehmerorganisation nicht vorhanden ist. Für die Sandsteinindustrie dominiert der Seimehmeisterverband mit dem Sitz in Berlin. Die Hartsteinindustriellen haben sogar mehrere selbständige Verbände aufzuweisen. Der Seimehmeisterverband hat nun Versuche unternommen, um die übrigen Verbände zur Angliederung zu bewegen, um somit eine straffere Zentralisierung zu ermöglichen. Aber der Anschluß wurde nicht perfekt, die Vertragsregulierung war daran schuld. Die Hartsteinindustriellen wollen ihre Selbständigkeit nicht preisgeben und der Berliner Verband wiederum will bei einem korporativen Anschluß eine Beitragsermäßigung nicht gewähren. Wir glauben nicht, daß in absehbarer Zeit eine Einigung unter den Herren möglich sein wird. Fest steht, daß der Berliner Verband sich immer mehr und mehr ins Schlepptau der Bauunternehmer nehmen läßt. Mit andern Worten: Der Seimehmeisterverband scheint stark beeinflusst zu werden von den bekannten Mächten der deutschen Baugewaltigen. Wer nun einigermaßen die eigenartige Struktur der deutschen Steinindustrie kennt, wird es ja erklärlich finden, daß mehrere Unternehmerverbände bestehen.

Was in diesem Jahre die Arbeiterschaft besonders sehr in Erregung brachte, war, daß die Lebenshaltung wiederum enorm verteuert wurde. Die herrschenden Klassen, mit samt den diversen Regierungsbehörden halten es aber nicht für notwendig, sich der Notlage der breiten Volksmassen anzunehmen. Der millionenfache Ruf nach billigem Brot und Fleisch ist leider ungehört verhallt. Es wird aber auch noch eine Zeit kommen, daß die Regierung ihre Wirtschaftspolitik so einrichten muß, daß diese mit den Intentionen der klassenbewußten Arbeiterschaft in Einklang zu bringen ist. Die Gewerkschaften stehen im kommenden Jahre ebenfalls großen Aufgaben gegenüber. Die Bauarbeiter haben eine Lohnbewegung durchzuführen, an der über 200 000 Mann beteiligt sein werden, die Holzarbeiter sind ebenfalls mit 55 000 Mann an einer solchen beteiligt. — Wie Figura zeigt, handelt es sich bei all diesen Operationen um Massenkämpfe. Die deutschen Gewerkschaften haben sich mit solch enormen Kämpfen schon längst vertraut gemacht. Die zentralen Verbände sind in finanzieller Hinsicht wohlgerüstet, und selbst die Unternehmervertreter haben schon mehr als einmal erklärt: Der Opfermut der Arbeiter ist bewundernswürdig.

Spannen wir auch im kommenden Jahr all unsere Kräfte an, arbeiten wir in echt kollegialer Weise auch fernerhin zum Wohle der gesamten Steinarbeiterschaft Deutschlands!

## Ein neues Reichsgerichtsurteil gegen den Boykott.

Das Reichsgericht hat bei Schadenersatzklagen der Boykottierten als Gründe zur Schadenersatzleistung gelten lassen: 1. wenn die Propagierung des Boykotts in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise geschah, 2. wenn die Wirkung des Boykotts einer pekuniären Vernichtung gleichkam und 3. wenn Wirkung und Ziel des Boykotts nicht in angemessenem Verhältnis stehen.

Der erste und dritte Grundsatz basiert auf sehr kauschulartiger Grundlage, die die weiteste juristische Auslegung zuläßt; die Gewerkschaften werden dadurch um eines ihrer wirksamsten Kampfmittel beraubt.

Sehr deutlich zeigt das ein Boykottprozeß, den ein Schlächtermeister Kotisch in Hamburg gegen den Vorsitzenden Max Fiedler der Ortsverwaltung Hamburg des Zentralverbandes der Fleischer, gegen die Ortsverwaltung Hamburg dieses Verbandes und gegen die Firma Auer u. Co. (Hamburger Scho) wegen Schadenersatz, verursacht durch einen über ihn verhängten Boykott angestrengt hat. Das Reichsgericht Hamburg erkannte den Anspruch des Klägers dem Grunde nach an, nur mit der Einschränkung, daß der Schaden erst vom 17. und 18. Juni datiere, von welchem Zeitpunkt an ein Flugblatt erschien, das zum Boykott aufforderte. In seiner Begründung

nahm das Landgericht Hamburg auf die Art der Propagierung des Boykotts Bezug und erklärte diese als gegen die guten Sitten verstößend.

Gegen dieses Urteil legten die Beklagten Berufung ein und der Kläger Anschließberufung vom dem Verlangen, ihn auch Schadenersatz vor dem 17. Juni 1910 zugubilligen. Das Hanseatische Obergericht wies den erweiterten Rechtsanspruch des Klägers ab mit folgender verständiger Begründung:

„Als eine gegen die guten Sitten verstößende Handlung kann das Vorgehen der Beklagten gegen den Kläger weder im einzelnen noch nach dem Gesamtbilde angesehen werden. Dafür, daß der Boykott aus Rachsucht oder Schikane verhängt sei, liegt nichts vor. Im Gegenteil ergibt sich aus seinen Umständen ein sichtlich nicht zu beanstandender Zweck. Die Interessen, die zur Verhängung des Boykotts führten, müssen hiernach, und zwar selbst wenn man von dem alsbald mehr in den Hintergrund getretenen Interesse der Regelung der Arbeitsverhältnisse ganz absteht und nur die Interessen der Anerkennung der Organisation und ihres Arbeitsnachweises im Auge behält, als schwerwiegend genug erachtet werden, um die Verhängung und Aufrechterhaltung des Boykotts zu rechtfertigen. Eine Aufreißung, Verletzung oder Aufstachelung der Leidenschaften der Volksklassen aber, sei es mit dem Erlolge der Gefährdung der öffentlichen Ordnung, zum Schaden des Gemeinwohls, sei es ohne einen solchen Erfolg, ist mit den in Rede stehenden Umgebungen nicht unternommen. Eine besondere Bedeutung zugunsten der Beklagten kommt jedoch immerhin auch dem Umstände zu, daß der schärfere Ton des beanstandeten Flugblattes in der inzwischen von der Innung ins Werk gesetzten Aussperrung der organisierten Gesellen seine Erklärung findet.“

Dieses die Rechte der Gewerkschaften wahrende Urteil hat das Reichsgericht aufgehoben und dem Anspruch des Klägers in vollem Umfange stattgegeben. Es sprach dem Kläger sogar für die Zeit vor dem 17. Juni 1910 den Schadenersatz zu, ging also noch weit über das Urteil des Landgerichts hinaus.

Aus der sehr umfangreichen Begründung des Reichsgerichtsurteils ist folgendes von Bedeutung:

„... Beide Obergerichte erachteten die Weigerung des Klägers, mit dem Zentralverband über einen Tarifvertrag zu verhandeln, als berechtigten Grund zum Boykott, und das Berufungsgericht ist der Meinung, als ein solcher Grund sei auch die Weigerung des Klägers anzusehen, sich der in dem ihm vorgelegten Tarifvertrage enthaltenen Bestimmung bezüglich des Arbeitsnachweises zu unterwerfen.“

Dieser Anschauung konnte das Reichsgericht, wie der Fall hier liegt, nicht beitreten. Der Boykott, der in den gewerblichen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern und auch bei der Austragung anderer Streitigkeiten (vgl. Jur. Wochenschrift 1909 Seite 109 Nr. 6 und Entsch. d. R.-G. Band 76 S. 35) nicht als ein schon an sich unzulässiges Kampfmittel anzusehen ist, bildet regelmäßig eine in das Erwerbaleben des Betroffenen tief eingreifende, ihn schwer schädigende Maßregel. Insbesondere trifft dies erfahrungsgemäß dann zu, wenn gegen einen Gewerbetreibenden, der in einem überwiegend von Arbeiterfamilien bewohnten Ort oder Ortsstelle ein auf den Einzelverkauf an diese Bevölkerungskreise berechnetes Geschäft betreibt, der Boykott durch einen Arbeitnehmerverband verhängt wird und dabei durch die Presse und Flugblätter unter Anrufung des Gemeinfinns der Arbeiterschaft zur Beteiligung daran auch weite Bevölkerungskreise herangezogen werden, die an sich an dem Streite, der zu dem Boykott Anlaß gegeben, unbeteiligt sind.

Wie nun dann, wenn Arbeitgeberverbände zur Wahrung berechtigter Interessen gegen einen Arbeiter einzuschreiten sich veranlaßt sehen, mit Recht von ihnen verlangt wird, daß sie zu Maßregeln, durch welche der Arbeiter besonders weitgehend und schwer geschädigt werden würde, dann nicht greifen, wenn dies bei geheimer Würdigung der Verhältnisse eine gegen die Billigkeit verstößende Härte enthalten würde (vgl. Entsch. d. R.-G. Bd. 57 S. 418), so muß auch von den Arbeitnehmerverbänden gefordert werden, daß sie mit der Verhängung eines Boykotts der oben bezeichneten Art nicht willkürlich, ohne daß dazu im gegebenen Falle ein zureichender Anlaß vorliegt, vorgehen, daß sie diese besonders gefährliche Waffe nicht mißbrauchen. Das ist aber geschehen.

Bei dem Kläger, der mit sechs Gehilfen arbeitete, handelte es sich um einen handwerksmäßigen Betrieb, und es darf davon ausgegangen werden, daß die Gesellen mit ihm soweit in persönlicher Berührung standen, daß sie ausreichende Gelegenheit hatten, ihm ihre etwaigen Wünsche und Beschwerden bezüglich der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses bekanntzugeben, ihm ihre Anliegen persönlich vorzutragen. Es darf billig bezweifelt werden, ob es bei solcher Sachlage für ein desinteressiertes Verhältnis zwischen Meister und Gesellen förderlich ist, wenn sich zwischen beiden ohne weiteres (im Urteil unterstrichen) die Organisation, der die Gesellen insgesamt oder zum Teil angehören, einschleibt. Jedenfalls erscheint der Wunsch des Meisters, sich über Meinungsverschiedenheiten mit seinen Gesellen zunächst persönlich zu verständigen, durchaus berechtigt. Es war daher wohl erklärlich, daß der Kläger auf die im April 1910 eingegangene Zuschrift ablehnte, die künftigen vertraglichen Beziehungen zu seinen Gesellen durch ein Abkommen mit dem beklagten Verbande zu regeln; auch die Art, in der er dies unter Hinweis auf die ihm als Innungsmitglied gezogenen Schranken tat, war keineswegs in einem Ton gehalten, durch den sich der beklagte Verband bzw. sein Vertreter mit Grund verlegt zu fühlen Anlaß hatten.

Der vorstehend erwähnte Hinweis war auch begründet. In den Sätzen der Zwangsinnung, der der Kläger angehörte, ist bestimmt, daß bei Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und Gesellenschaft über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Lohnsätze durch gemeinsame Beratung des Innungsvorstandes und des Gesellenausschusses eine Einigung versucht werden soll. Ohne Verletzung der ihm gegenüber der Innung obliegenden Pflichten war danach der Kläger gar nicht in der Lage, dem jetzt in Frage stehenden Ansuchen zu entsprechen.“

Das Reichsgericht verneint sodann die Berechtigung der Beklagten, den Boykott über den Kläger verhängen zu dürfen, weil der Fleischermeister den Angestellten des Verbandes nicht als Vertreter der Gesellen anerkennt und mit ihm nicht über den Tarif verhandeln wollte. Dabei war der Umstand mitbestimmend, daß der Verband der Fleischer in Deutschland nur einen Teil der Gesellen als Mitglieder habe. Für den vorliegenden Fall hätte das Gericht doch übrigens nur die Hamburger Mitgliedschaft in Betracht ziehen dürfen, die die überwiegende Mehrheit der Fleischergehilfen in Hamburg in sich vereinigt.

Auch in der Beurteilung über die Art der Föhrung des Boykotts stellt das Reichsgericht sich nicht nur auf den Standpunkt des Landgerichts, sondern es geht darüber hinaus und erklärt die Föhrung als gegen die guten Sitten verstößend. Ebenso wird der Versuch, die Meister durch den Boykott zur Benutzung des Arbeitsnachweises der Gesellenorganisation zu zwingen, als gegen die guten Sitten verstößend erachtet. Es stehe dem das durchaus berechtigte Interesse der Meister und der dem Verbande nicht angehörenden Gesellen gegenüber, einer solchen Macht des Verbandes nicht unterworfen zu werden, es handele sich auch dabei um Fragen von großer weittragender Bedeutung.

Dieses Reichsgerichtsurteil erfüllt die Hoffnungen der Scharfmacher. Die reaktionäre Deutsche Fleischer-Zeitung nannte es bereits ein vernünftiges Urteil. Nach ihm also hat der Meister die Bestimmungen seiner Organisation als bindend für sich zu erachten — wenn aber selbst alle bei ihm beschäftigten Gesellen im Zentralverband sind, kann ihm nicht zugemutet werden, den Verband als die Vertretung seiner Gesellen anzuerkennen.

Die Forderung auf Anerkennung und Benutzung des Arbeitsnachweises ist insbesondere für das Fleischergewerbe eine Frage von „großer weittragender Bedeutung“. Die Unternehmerorganisation bemüht heute im Fleischergewerbe ihren Arbeitsnachweis zur Anechtung und Korruptionierung der Gesellen. In Leipzig, dem Sitz

des Reichsgerichts, hat die gelbe Organisation an die Forderung des Antrags gestellt, Mitglieder des Zentralverbandes von der Arbeit auszuschließen. Die Innungen Leipzig, Berlin u. a. haben gleiche Beschlüsse gefaßt. Der Zentralverband muß erst einmal die Gleichberechtigung seiner Mitglieder für die Arbeitsvermittlung im Beruf erkämpfen. Nach dem Reichsgericht verfährt dies gegen die guten Sitten. Es verfährt auch nach dem Reichsgericht gegen die guten Sitten, einzelne Gewerbetreibende zu modernen Arbeitsverhältnissen zu zwingen, wenn sie sich hinter den reaktionären Beschlüssen ihrer Organisation verstecken.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mit dem 1. Januar 1913 treten die Beschlüsse des Münchner Verbandes resp. das neue Statut vollständig in Kraft. In den Vertragslagen ist bekanntlich nichts geändert; in mehreren Unterstellungen tritt am 1. Januar eine Erhöhung ein.

Zur besseren Uebersicht geben wir aus § 5 des Statuts die folgenden Absätze, wo eine Erhöhung eintritt, nochmals bekannt:

### Umzugs- und Reiseunterstützung.

3. Umzugskosten werden gewährt, wenn solche durch Maßregelungen nötig werden bis zur Höhe von 80 Mark.

4. Reiseunterstützung wird pro Tag 1 Mark gewährt und ist nur an solche Steinarbeiter zu bezahlen, die, wenn sie auf Wanderschaft gehen, ein Jahr regelmäßig ihre Beitrags- und eventuell Extrasteuermarken geliebt haben. Ausnahmen sind nur mit denen zu machen, welche sofort nach beendeter Lehrzeit dem Verbandsbeitreten oder durch Lohnbewegungen gezwungen sind, abzureisen. Jedes Mitglied hat, wenn es die Unschädlichkeit einer Reisekarte verlangt, im vorhergehenden Jahre mindestens die Kleidung von 26 vollen Wochenbeiträgen nachzuweisen.

a) Reiseunterstützung wird vom dritten Tage nach Eintritt der Reise gewährt und kann getrennt oder hintereinander auf die Dauer von 60 Tagen und bis zum Betrage von 60 Mark innerhalb eines Jahres bezogen werden.

b) Die Reisekarte wird jedes Jahr am 1. Januar erneuert. Die Ausstellung derselben erfolgt durch den Ortsvorstand und ist im Mitgliedsbuch zu vermerken.

c) Die Anzahlung geschieht von zwei zu zwei Tagen, darf aber nur an dem Fälligkeitstage ausbezahlt werden. Die Unterstüfung ist durch Ortsstempel und Datumsvermerk auf der Reisekarte zu quittieren. Tritt ein Reisender in Arbeit, so ist die Karte beim Vertrauensmann abzugeben, und erhält sie Inhaber erst beim Wiederantritt seiner Reise zurück. Die Unterstüfung ist an ein und demselben Orte innerhalb dreizehn Wochen nur einmal auszuzahlen. Mehr als vier Tage Unterstüfung werden an einem Orte nicht ausbezahlt.

d) Bei Abnahme der abgelaufenen Reisekarte ist dem Reisenden die bezogene Unterstüfung im Mitgliedsbuch zu vermerken.

Am Jahresschluß sind sämtliche Reisekarten, worauf Unterstüfung ausbezahlt wurde, an den Zentralvorstand einzufenden. Die neuen Reisekarten erhalten die Ortsverwaltungen in einigen Tagen zugeandt. Die Ausstellung einer neuen Reisekarte hat vor dem 1. Januar nicht zu geschehen.

### Krankenunterstützung.

5. In Krankheitsfällen, welche Erwerbsunfähigkeit bedingen, können die Mitglieder Unterstüfung erhalten, sobald 52 volle Wochenbeiträge entrichtet sind und die Mitglieder auch die sonstigen Pflichten dem Verbands gegenüber erfüllt haben; die Kranken Mitglieder haben sich spätestens in der zweiten Krankheitswoche bei der Ortsverwaltung zu melden. Die Meldung beim Zentralvorstand durch die Ortsverwaltung hat innerhalb eines Monats zu geschehen.

a) Die Unterstüfung beträgt pro Tag 75 Pfg. pro Woche, letztere zu sechs Tagen gerechnet, 4,50 Mark. Die ersten drei Tage werden nicht unterstüft. Vom vierten Tage ab beträgt die Dauer der Unterstüfung

bei 52wöch. voll. Beitragsleist. bis zu 6 Woch. = 27.— Mk.

" 104 " " " " " 12 " = 40.50 "

" 156 " " " " " 18 " = 54.— "

Weibliche Mitglieder erhalten pro Tag 50 Pfg. Bezugsdauer nach denselben Bestimmungen wie für die männlichen Mitglieder. Höchstbezug für weibliche Mitglieder 18, 27 bzw. 36 Mark. Diejenigen Mitglieder, welche nach dem 1. Januar erkranken, erhalten vom vierten Tage an Unterstüfung. Während alle, welche vor dem 1. Januar erkrankt sind, vom achten Tage an Unterstüfung erhalten.

### Sterbenunterstützung.

6. Beim Sterbefall eines Mitgliedes kann der Vorstand den Hinterbliebenen, sofern der Verstorbene mindestens drei Jahre der Organisation angehört, Unterstüfung gewähren, und zwar:

bei dreijähriger Mitgliedschaft . . . 30 Mark,

" siebenjährig " . . . 50 "

Beim Sterbefall eines weiblichen Mitgliedes werden bei dreijähriger Mitgliedschaft 20 Mark, bei siebenjährig Mitgliedschaft 30 Mark Unterstüfung gezahlt. Als bezugsberechtigt gelten die Ehegatten, Kinder oder deren Vormund, sowie die Zahlstellen, welche für die Beerdigung eines Mitgliedes Gelder aufgewendet haben.

a) Die Auszahlung erfolgt nur vom Zentralvorstand. Zu diesem Zwecke ist Sterbenurkunde sowie Mitgliedsbuch vorzulegen oder einzufenden, und hat dieses spätestens innerhalb vier Wochen vom Sterbetage an zu geschehen. Nach dieser Zeit können Ansprüche nicht mehr erhoben werden. Die rückständigen Beiträge werden bei der Auszahlung in Anrechnung gebracht.

Im Januar werden in den meisten Zahlstellen die Neuwahlen der Ortsverwaltungen vorgenommen. Jeder Funktionär, welcher aus seinem Amte ausscheidet, hat seinen Nachfolger auf alles aufmerksam zu machen, damit in den Verwaltungssachen keine Unterbrechung eintritt.

In der Zahlstelle Safferode (Sarg) haben sich die Kollegen Wilhelm Erdmenger, Ludwig Sahrne, Gustav Nagel, Friedrich V e l e r und Karl K e r n a y dem Sperrbeschlusse nicht gefügt. Der Gesamtvorstand hat von einem Ausschlusse abgesehen, aber den Genannten wegen des verbandshängigen Verhaltens eine Rüge erteilt.

In Mühlhausen (Elf.) wurde Ludwig Wolf, geb. am 28. Juni 1877 in Feschenbach (Verb.-Nr. 20001), nach § 3 Abs. 5b des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen. — Wieder aufgenommen wurde der Kollege Hauser.

Die Expedition hat zum Versand des „Steinarbeiters“ die Adressen neu drucken lassen. Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, bei Neuwahl in der Adresse der örtlichen Empfänger soviel wie möglich keine Aenderung vorzunehmen.

## Steinausschreibungen.

Die Baubehörden haben in den letzten Tagen die Ausschreibung von großen Steinquanten betätigt. Es schreiben aus:

Magistrat in T r e u e n b r i e g e n. 5500 Quadratmeter Pflastersteine, 1000 Quadratmeter Mosaikpflastersteine, 2500 laufende Meter Bordsteine.

Tiefbauamt I in K r e s e l d. Lieferung von Straßenmaterialien in vier Losen. Los 1: 1840 laufende Meter gerade Bordsteine und 50 laufende Meter Bogenbordsteine; Los 2: 1050 laufende Meter gerade Bordsteine und 100 laufende Meter Bogenbordsteine; Los 3: 1750 Quadratmeter Mosaikpflastersteine; Los 4: 2600 Quadratmeter Pflastersteine aus Zäpfelfalt.

Eisenbahnbauabteilung in S c h f a. M. 44 Kubikmeter Abdeckplatten und Treppenstufen aus Basaltlava für den Bau zweier Verladerrampen sowie 100 laufende Meter Bordsteine aus Basaltlava für die Fahrbahn der Zeilshäuser Straßenüberführung auf dem neuen Güterbahnhofe S c h f a. M.

Strassen- und Wasserbauamt in D r e s d e n I. Lieferung von harten Kleinpflastersteinen und Randsteinen (boftierten Grobpflastersteinen) für die Staatsstrassen des obigen Bauamtes für das Jahr 1913. Es werden gebraucht: 1034 Quadratmeter Kleinpflastersteine und 310 Meter Randsteine in Kößchenbroda, 1900 Quadratmeter bzw. 560 Meter in Kößchenbroda, 2980 Quadratmeter bzw. 600 Meter in Dresden, 2940 Quadratmeter bzw. 40 Meter in Klotzsche, 2400 Quadratmeter bzw. 635 Meter in Weizdorf, 1750 Quadratmeter bzw. 425 Meter in Dittendorf.

Kanalbauamt III in M e n d s b u r g. 2930 Meter Granitbordsteine zum Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Deputation für Straßenbau und Kanalisation in S t e t t i n.

Lieferung von Reihensteinen, Granitplatten, Saumsteinen und Kopfsteinen.

Kanalbauamt in M i n d e n. Lieferung von Werksteinen zum Bau der Schächtschleuse (Los 1), der Kanalbrücke über die Weser (Los 2) und der Hafenschleuse bei Dankersen (Los 3). Es umfassen: Los 1: 114 Kubikmeter Werksteine aus Granit für Abdeckplatten, Treppenstufen und Bodenplatten; Los 2: Werksteine aus Granit, und zwar: 1300 laufende Meter Eckleiste, 650 laufende Meter Rinnensteine, 110 Quadratmeter Granitplattenbelag, 70 Quadratmeter Sockelplatten, 53 Kubikmeter Abdeckplatten, Treppenstufen, Probestplatten und Türschwelle; Los 3: 73,6 Kubikmeter Werksteine aus Granit oder Basaltlava zur Bekleidung von Mauerkanälen, als Trempel- und Kuffelsteine und für Treppenstufen.

Wasserbauamt in N o r d e n. 170 Kubikmeter Basaltfäulen zur Neubau der Ufermauer am Hasen zu Norderney.

Stadtmagistrat in K i r n b e r g. 2505 000 Pflastersteine und 12 250 Meter Randsteine aus hartem, unverwitterlichem Granit — je zur Hälfte bis 1. Juni und 1. Oktober 1913.

Eisenbahnbetriebsamt in M. - G l a d b a c h. 2200 Quadratmeter Pflastersteine aus Basaltlava oder einem ähnlichen Hartgestein.

Tiefbauamt in L e i p z i g. 1240 Meter Basaltlavaabdeckplatten für die 2 südliche Vorflutschleuse an einen Unternehmer.

Kreisbauinspektor in S e p p e n h e i m. Zur Herstellung von Kleinpflaster auf der Kreisstraße Seppenheim-Eberberg, zwischen Kilometer 20,4 bis 31,8: 1. 9000 Quadratmeter Kleinpflastersteine (Sechseckschlag) aus Hartbasalt; 2. 4200 laufende Meter Randsteine (Vordsteine) aus demselben, oder einem ähnlichen Material. Magistrat in K e n n e r a d e. 1250 Quadratmeter Pflastersteine. Eisenbahnbauabteilung I in D o r t m u n d. 19 500 Tonnen Bruchsteine für verschiedene Bauausführungen in Dortmunderfeld in drei Losen.

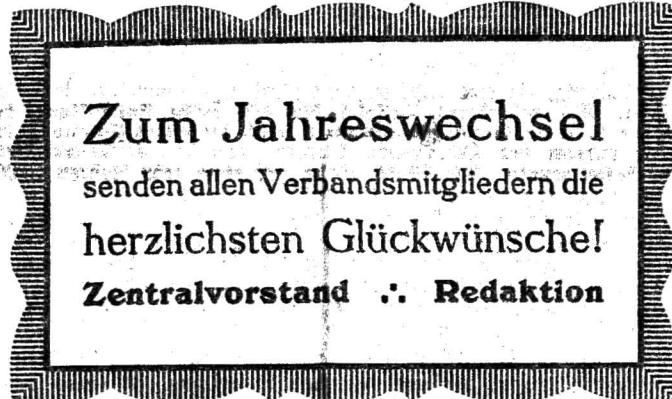
Eisenbahndirektion in K a s s e l. 110 Kubikmeter Werksteine für die Erweiterung des Lokomotivabfertigungsgebäudes auf dem Reichsbahnhof in Kassel.

Eisenbahnbetriebsamt in L u d w i g s l u f t. Pflastermaterial für die Bahnhöfe Ludwigslust und Abendorf. Los 1: rund 2600 Quadratmeter Mosaikpflaster; Los 2: 1300 Quadratmeter Polygonpflaster.

Strassenbahnbureau in P o t s d a m. 3800 laufende Meter Granitbordsteine, Potsdamer Profil.

Eisenbahndirektion in S a a r b r ü c k e n. 151 000 Tonnen Betungstoffe aus Steinschlag, 5800 Tonnen Kies, 1100 Quadratmeter Pflastersteine, 2930 Stück Grenzsteine.

Das sind ganz bedeutende Lieferungen, welche der deutschen Steinindustrie wieder zufallen werden. Und wohlgemerkt, mit einer solchen Kundenschaft haben die Unternehmer kein großes Risiko.



Zum Jahreswechsel  
senden allen Verbandsmitgliedern die  
herzlichsten Glückwünsche!  
Zentralvorstand .: Redaktion

## Korrespondenzen.

**Vangenaltheim** (Eithographisteingebiet). Am 8. Dezember fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Ans der Neuwahl gingen hervor: als Vorsitzender Karl Herrmann, als Kassierer Michael Köfler. Als Vertrauensmann für Ueberwachhofen wurde Kollege Ludwig Meyer gewählt. Da die Mehrzahl der Kollegen noch in Vangenaltheim wohnt, wurde schon lange der Wunsch gehegt, die Verwaltung nach dort zu verlegen. Eine Leichtigkeit ist es nicht zu nennen, Kollegen der Organisation zuzuführen seit dem verlorenen christlichen Streik im Jahre 1909. Nun ist aber am 31. Dezember der Tarif abgelaufen, da können doch die Arbeitgeber in ihrer vollen Macht mit den Arbeitsklauen machen, wie es ihnen in dem Kram paßt. Unter anderem wurde auch die „Vollstufürsorge“ besprochen, die von den Kollegen zustimmend begutachtet wurde. Stark gerügt wurde das Verhalten des Kollegen Körner; derselbe hat schon vor drei Wochen sein Buch verloren, und jetzt erst fällt es ihm ein, ein neues zu verlangen. Auch die Tätigkeit des ehemaligen Kassierers wurde gerügt. Wir müssen darauf bedacht sein, Ordnung in der Zahlstelle zu haben, damit das Vertrauen zum Verbands wiederum bedeutend wächst. Aber wir werden im neuen Jahre alles tun, um unsere Mitgliedschaft stärken zu können. Bemerk sei, daß in hiesiger Gegend der Christliche Verband vollends zusammengebrochen ist. Die D s w a l d i s c h e Agitation hat keine tiefen Spuren hinterlassen.

**Reichenbach i. Odenw.** Ein nettes soziales Stückchen leistete sich am 18. Dezember die Firma Gg. Dassel zu Schönberg. Ihre Arbeiter gehörten als Mitglieder der Ortskrankenkasse zu Reichenbach an. Die Firma hatte die Absicht, obengenannten Betrieb ihrer Betriebskrankenkasse zu Mlagen einzuverleiben. Die zu diesem Zwecke im Juni d. J. vorgenommenen Schritte scheiterten bisher an der Weigerung der Arbeiter, hierzu ihre Unterschrift zu geben. Neuerdings, am 13. Dezember, trat die Firma wiederum an die Arbeiter heran, um ihre Wünsche durchzusetzen. Um sich wirtschaftlichen Unannehmlichkeiten zu entziehen, waren die Arbeiter gezwungen, ihre Unterschrift zu leisten, bis auf einen Fall, wo dem Arbeiter die Schme vor die Tür gestellt wurden. Was nun die Arbeiterchaft durch die Errichtung von Betriebskrankenkassen für einen Nutzen hat, wird wohl mancher Kollege schon am eigenen Leibe erfahren haben. Bemerkten wollen wir noch, daß in diesem Betriebe die Organisation der Steinarbeiter fehlt. Wäre hier eine gut ausgebaute Organisation am Platze, so hätte die Arbeiterchaft diesen Nub mit Leichtigkeit parieren können. Aber diese Anklagen lassen sich lieber das Fell über den Ohren zusammenziehen, als über den Wert und den Nutzen der Organisation nachzudenken. Durch die Einverleibung dieser Arbeiter in die Betriebskrankenkasse zu Mlagen sollen ihnen auch einige Vergünstigungen zuteil werden. 1. Soll der Arbeiterchaft ein Platz im Vorstande eingeräumt werden. 2. Soll ein Ausschuss gewählt werden mit einem von der Firma bestellten Vorsitzenden. Ob nun diese beiden Instanzen in Funktion treten, ist eine andre Frage. Ferner soll der Zweck sein, die Mitglieder billiger bei mindestens gleichen Gegenleistungen zu versorgen. Auch bei diesem Satz muß man abwarten, ob für die Arbeiter etwas herausspringt, oder ob dieselben zur Beitragszahlung noch mehr herangezogen werden.

**Striegau** (Verichtigung.) In Nr. 50 des „Steinarbeiter“ befindet sich unter „Striegau“ eine Notiz über einen Fall großer

Rigorosität, jedoch leider, wie so manche andre Mitteilung völlig entstellt wiedergegeben und nur geeignet, das gegenseitige Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch weiter zu verschärfen, während die Tendenz Ihres Blattes, wie Sie selbst mehrfach hervorgehoben haben, doch dahingehend wirken soll, Ausgleich zu schaffen.

Die Notiz betrifft den Fall des Drechers Hermann Schmidt. Genannter war seit dem 6. August 1905 bei mir als Drecher bis zu seiner Erkrankung im Juni d. J. beschäftigt und ist dann vom 18. August ab bis zum 9. November 1912 in der Lungenheilstätte in Görbersdorf behandelt worden, und hat nach seiner Entlassung vom 10. November bis 18. November ab noch Schonung gehabt.

Der Werkmeister, bei dem er sich meldete, wollte ihn auch gern wieder einstellen, da er Schmidt als fleißigen Arbeiter kannte und ihn deshalb auch wieder beschäftigt hätte. Allein die Bemerkung des Arztes auf dem Entlassungsschein aus der Heilanstalt, daß Schmidt nur noch für leichte Arbeit befähigt sei, hat den Werkmeister veranlaßt, nachzufragen, ob er ihn einstellen dürfe. Dies war nun infolge des ärztlichen Vermerkes nicht möglich, da es in den Brüchen leichte Arbeit nicht gibt, worauf schon die Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1909 hinweist, in welcher verfügt wird, daß Frauen von da ab in den Betrieben nicht mehr beschäftigt werden dürfen.

Der Steinarbeiter Schmidt sowohl, wie später zwei Kollegen von ihm sind bei dem Unterzeichneten gewesen und haben nachgefragt, weswegen Schmidt nicht wieder eingestellt würde. Es ist ihnen dann auseinandergesetzt worden, daß nur die Bemerkung auf dem Schein a l l e i n daran hinderlich sei, und wenn diese Bemerkung wieder gelöscht werden könnte, der Beschäftigung des Schmidt in keiner Weise etwas entgegenstehe.

Wenn Sie nun den Inhalt des Vorstehenden mit der Darstellung in Ihrem Blatte vergleichen wollen, so werden Sie wohl den großen Unterschied zwischen dem wirklichen Sachverhalt und Ihrem Artikel selbst darin finden und daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß keineswegs irgendwelche Absichtlichkeit gegen die Person des Schmidt Beweggrund zu meinem ablehnenden Verhalten gewesen ist.

Dann ist weiter zu berichtigen, daß an dem Schiefunfall im Pilgramzhainer Bruch die zwei Arbeiter einen nicht zur Explosion gebrauchten Schuß ohne weiteres ausbohrten. Dadurch ist das bedauernde Unglück, welches zwei fleißige Arbeiter betraf, entstanden. Die Firma hat daran keine Schuld, aber die Arbeiter haben direkt vorschriftswidrig gehandelt. Es muß nach außen hin einen sonderbaren Eindruck machen, wenn über den Unfall berichtet wird, und gerade die wichtigste Tatsache des vorschriftswidrigen Anbohrers des Schusses, nicht erwähnt wird.

Wenn solche unmotivierte Angriffe erfolgen, so wird sicherlich das gegenseitige Vertrauen nicht geklärt.

Hochachtungsvoll C. F. Lehmann, Granitwerksbesitzer.

Nachschritt. Wie uns der Herr Aufsichtsbeamte der Steinbruchsgenossenschaft mitteilt, ist tatsächlich der Schiefunfall dadurch entstanden, daß die beiden Verlehten die nicht zur Explosion gefommene Pulverladung wider Erwarten ausbohrten. Wir können nur bedauern, daß so unvorschriftsmäßig verfahren wurde. Es liegt auch im Interesse der Kollegen selbst, daß sie die Arbeiterschulvorschriften, besonders die Schiefvorschriften, in korrektester Weise respektieren. — Wir geben ohne Einschränkung zu, daß der Firma C. F. Lehmann an dem Vorkommen jenes Unfalls keine Schuld beizumessen ist.

Was die Angelegenheit Schmidt anbetrifft, so geht allerdings die Firma von falschen Voraussetzungen aus. Es ist eben nicht leicht, daß man im Späthjahre als Steinarbeiter so ohne weiteres in einem andern Beruf unterkommen kann. Nachdem Herr Kommerzienrat Lehmann erfahren hat, daß die Nichtwiedereinstellung (auf Grund des ärztlichen Hinweises) unter der Arbeiterschaft lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen hat, nehmen wir ohne weiteres an, daß, wenn Kollege Schmidt um Arbeit nochmals vorsprechen sollte, sich für denselben in dem großen Betriebe sicherlich eine passende Stelle finden wird.

**Zinheim** (Weisterwald). Trotz genügender Bekanntmachung war die Versammlung am 9. Dezember nur mäßig besucht. Anscheinend kommen nur dann die Kollegen in die Versammlung, wenn ein Abzug droht. Als Referent war Kollege Hermann erschienen, der über das Thema: „Rom hat gesprochen!“ referierte. Er schilderte den Entwicklungsgang der christlichen Gewerkschaften und erinnerte an den Ausspruch des Kardinals Fischer, daß sie nur gegründet worden seien zur Bekämpfung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Bei der Gründung habe man gehofft, viele Hunderttausende von Arbeitern in den christlichen sogenannten interkonfessionellen Gewerkschaften zu vereinigen. Es sei aber anders gekommen: nach 10jährigem Bestand sind 300 000 Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften organisiert und in den freien Gewerkschaften über 2 1/2 Millionen. Dann schilderte er den Entwicklungsgang der katholischen Fachabteilungen, sowie auch die Gegensätze zwischen den beiden Organisationen. Der Papst habe nun eine Enzyklika erlassen; nach dieser würden die christlichen Gewerkschaften nur noch geduldet und unter die Aufsicht der Bischöfe gestellt. Die Verlegenheitsreden des Effener und Dresdener Kongresses könnten daran nichts ändern. Rom lasse nicht locker. Es bleibe nun abzuwarten, wie sich die evangelischen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften zu der Frage der Oberaufsicht der Geistlichkeit stellen. Interessant sei es auch, daß sich die Enzyklika des Papstes nur an die Arbeiter richtet, die Unternehmer können sich ruhig in ihren Unternehmerverbänden organisieren, wie es ihnen beliebt. Die freien Gewerkschaften könnten ruhig den weiteren Verlauf der Dinge abwarten, denn die Zukunft gehöre doch der freien Gewerkschaftsbewegung. Die anschließende Diskussion war recht lebhaft. Dann erfolgte eine Ansprache über die innere Agitation; hier ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Hoffentlich finden wir die Unterstüfung der Kollegen, denn der Gauleiter und der Vorstand können nicht alles allein machen. Von der Wanderbibliothek sind eine Anzahl Bücher angekommen; sie wurden an die Kollegen ausgegeben. Nach einem Schlußwort des Gauleiters fand die Versammlung ihr Ende. Hoffentlich können wir von der Generalversammlung im Januar von einem besseren Besuch berichten.

## Rundschau.

**Die Gründung der Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft,**

erfolgte am 16. Dezember in S a m b u r g vor einem Notar. Die Gesellschaft ist mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark gegründet worden. Dieses Aktienkapital wurde voll eingezahlt.

Der Vorstand der Volksfürsorge setzt sich zusammen aus sechs Personen, von denen zwei die eigentlichen Vorstandsgeschäfte führen, während vier weitere Vorstandsglieder nur im Nebenamt diese Aufgaben erfüllen. Zu geschäftsführenden Vorstandsgliedern wurden die Herren K. v. E i m und F r. L e s c h e (Hamburg) bestellt. Als Vorstandsglieder im Nebenamt sind von den Genossenschaften K a u f m a n n und L o r e n z, von den Gewerkschaften P a e p l o w und W e n t k e r, sämtlich in Hamburg, bestimmt worden. Der Aufsichtsrat der Volksfürsorge setzt sich aus acht Personen zusammen, von denen vier die gewerkschaftliche und vier die genossenschaftliche Seite repräsentieren. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: B a u e r - B e r l i n, L e i p a r t - B e r l i n, E b e r t - B e r l i n und S c h l i c k e - S t u t t g a r t als gewerkschaftliche Vertreter, und J u n g e r - B e r l i n, F r ä h d o r f - D r e s d e n, H o f f m a n n - M a g d e b u r g und Dr. A u g. M ü l l e r - H a m b u r g als genossenschaftliche Vertreter.

Mit der Bornahme des notariellen Gründungsakts ist die Gesellschaft Volksfürsorge ins Leben getreten. Ihre Eintragung ins Handelsregister kann allerdings erst

erfolgen, wenn das Aufsichtsamt für Privatversicherung den Geschäftsplan, die Tarife und die Versicherungsbedingungen der Gesellschaft genehmigt und ihr die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt hat.

Der Antrag auf Eröffnung des Geschäftsbetriebes und Veröffentlichung der Tarife und Versicherungsbedingungen ist nach den bereits geführten Vorverhandlungen nunmehr am 18. d. M. von der gegründeten Aktiengesellschaft auch formell gestellt worden. Selbst wenn die Erledigung dieses Antrags keinerlei Verzögerung erfährt, werden aber noch einige Wochen verstreichen, ehe der eigentliche Geschäftsbetrieb der Volksfürsorge aufgenommen werden kann.

Hoffentlich macht nun die Aufsichtsbehörde wegen der Konzession keine „Späne“. Die Gegner haben allerdings das Nötige getan, um diese Gründung zu hintertreiben. In den Steinarbeiterkreisen gibt es, wie uns dieser Zeitschrift beweisen, genug Kollegen, welche schon darauf warten, sich in den Besitz einer Versicherungspolice setzen zu können. Unter der Arbeiterschaft ist die neue Gründung sehr populär.

Die Volksfürsorge wird für die Versicherten und nicht für die Direktoren geschaffen. Wie es aber diesbezüglich in den andern bürgerlichen Versicherungsinstituten aussieht, beweist nachstehende Notiz.

**Der Generaldirektor mit 700 000 M. Lantime.** Herr Gerstenberg von der Viktoria zu Berlin, Allgemeine Versicherungs-A.-G., tritt von seinem Amt zurück. Herr Gerstenberg bezog seit 1888 neben seinem sehr hohen Gehalt 2 Prozent von dem Reingewinn als Lantime. Da in dieser Zeit der Uberschuss des Unternehmens von 1 1/2 auf 36 Millionen jährlich stieg, hat er eine recht hübsche Summe aus den Beiträgen der Versicherten bezogen. Auch die Volksversicherung, die bei der Viktoria sehr entwickelt ist, hat zu diesem Gewinn erheblich beigetragen. Herr Gerstenberg also ist mit seinen bisherigen Einnahmen zufrieden, gibt seinen Generaldirektorsposten auf und übernimmt dafür den Vorsitz im Aufsichtsrat. An seine Stelle tritt Direktor Thon. — Die Viktoria war somit für Herrn Gerstenberg eine glänzende Versicherung. Die nun ins Leben tretende Volksfürsorge wird den privaten Versicherungsanstalten in sozialer Hinsicht schon weit, weit voraus sein.

**Die Verhandlungen im Baugewerbe.** Die zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe beginnen am 29. Dezember. Sie werden diesmal in München unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbegerichtsdirigenten Dr. Brenner stattfinden. Der Tarif selbst läuft erst zum 1. April 1913 ab. Die Verhandlungsvorbereitungen zeigen aber, mit welchem Interesse sogar die Regierungsbehörden diese Tarifbewegung verfolgen. Herr Dr. Brenner hat übrigens ein sehr großes Geschick, solchen Verhandlungen vorzustehen. Die Unternehmer werden sich aber sehr hartnäckig zeigen, das beweisen zur Genüge ihre dementsprechenden Äußerungen in der Presse.

**Die Festendebatte verhöhnen die Regierung.** Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 15. Dezember schreibt: Der Zentralverband deutscher Industrieller, der in dieser Woche in Berlin getagt hat, mußte diesmal sein Festmahl feiern ohne die Teilnahme auch nur des kleinsten Ministers oder Staatssekretärs. Die Industriellen sind dadurch um nichts, die Minister wahrscheinlich um ein gutes Diner gekommen. Es handelt sich hier um eine kleine Demonstration oder, wenn man so will, um eine kleine Lektion. Die Herren wollten dem Zentralverband zu verstellen geben, daß sie, wenn sie hinieren, sich ihre Verbannung nicht durch unangenehme Neben lässen lassen wollen. Es ist, wenn wir uns recht erinnern, bei einem solchen Festmahl im vorigen Jahre vorgekommen, daß ein hervorragender Vorkämpfer für die industriellen Interessen eine Rede gehalten hat, in der die berechtigten Unzufriedenheit der Industrie mit der ministeriellen Politik etwas bitter durchgeklungen war. Das war freilich nicht recht. Die Industrie soll leiden ohne zu klagen, nur die Agrarier dürfen schreien und nochmals schreien. Ein sonst regierungsfremdes Blatt glaubt während des Festmahls die Beobachtung gemacht zu haben, daß die gute Laune und die fröhliche Stimmung der Teilnehmer durch die Abwesenheit der Minister nicht gelitten habe. Wir unsererseits sind hiervon sogar überzeugt.

Ob die Regierung diesen Hohn verdient hat, mag sie selbst prüfen. Was an uns liegt, so gönnen wir ihr die scharfmarke Wankanzel von Herzen. So wie oben behandelt man Leute, die sich bisher nicht unterwürdig genug den Herren der Industrie gegenüber zeigen konnten.

**Kindermord in Deutschland.** Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgende sensationelle Meldung: „90 Prozent Schulkinder tuberkulös. Eine erschreckend hohe Zahl tuberkulöser Schulkinder wurde in den Schwesterstädten Jdar-Oberstein an der Nahe im oberrheinischen Fürstentum Birkenfeld festgestellt. Nicht nur Erwachsene stellen einen hohen Prozentsatz, sondern unter den Schulkindern wurde durch eine amtärztliche Untersuchung festgestellt, daß 90 vom Hundert tuberkulös sind. Um der ungeheuer großen Zahl der Tuberkulosekranken entgegenzuwirken, ist zunächst der Bau eines großen Volksbadehauses für die Tuberkulösen beschlossen worden. Von je hundert Kindern (!) sind immer 90 schwindsüchtig. In keiner Periode der Weltgeschichte sind so trivial die Kleinlein gemordet worden als in der, die es mag, pharisäisch sich mit ihrer „Kultur“ zu preisen.“

In Oberstein-Jdar befinden sich die bekannten Achatschleifereien. Die Arbeiter verdienen miserable Löhne, dabei ist der Schleiferberuf genau so ungesund, wie der eines Sandsteinschleifers. — Wenn unter den Kindern die Tuberkulose so wütet, so ist das mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Beruf der Achatschleifer zurückzuführen.

**Der „große“ Verdienst der Bergleute.** Sehr häufig hören wir, daß die Löhne der Bergleute in den letzten Jahren recht bedeutend gestiegen seien. Hier einige amtliche Zahlen über die Durchschnittslöhne. Diese betragen pro Schicht für einen Bergmann im 3. Quartal

1907 = 450 Mark
1908 = 443 „
1909 = 417 „
1910 = 423 „
1911 = 434 „
1912 = 466 „

Die Lohnsteigerung beträgt seit fünf Jahren pro Tag „ganze“ 17 Pfg. Das sind die horrenden Verdienste der Bergarbeiter. Die Preise für Lebensmittel sind seit fünf Jahren um etwa 10 bis 15 Prozent gestiegen, die Bergherren dagegen haben Hunderte von Millionen innerhalb dieser fünf Jahre verdient.

**Ein akademischer Massenstreik.** In Halle a. S. sind die älteren Medizinstudierenden in den Zustand getreten, d. h. sie weigern sich, die Vorlesungen in den Kliniken weiter zu besuchen. Als Grund für dieses Vorgehen wird die Anwesenheit zahlreicher Ausländer angegeben, durch die die deutschen Mediziner in ihrem Studium beeinträchtigt würden.

Die Mediziner scheinen ja auch von der Arbeiterschaft etwas gelernt zu haben, daß sie durch den Streik imponieren wollen. Aller-

dings hat das Vorgehen einen starken nationalen Geisteshauch, weil man die paar ausländischen Studenten aus den Hörsälen verdrängen will. Ob die Hallenser Studios zum Streik greifen würden, wenn sie gegenüber dem Unterrichtsministerium Rechte verteidigen sollten, glauben wir kaum.

**Wieder ein Steinmetzerverband gegründet.** Um einem großen Bedürfnis abzuhelfen, wurde für die beiden — großen mecklenburgischen Bundesstaaten am 11. Dezember in Schwerin ein Steinmetzerverband gegründet. 27 Meister ließen sich sofort organisieren. Als Vorsitzender fungiert Hofsteinmetzmeister A. Schäfer-Schwerin. Diese Neugründung ist erfolgt, weil unser Verband in den beiden Mecklenburg in der letzten Zeit so große Fortschritte gemacht hat.

**Betriebserweiterung.** Im „Steinbildhauer“ zeigt die Firma Kreuzer u. Böhringer, Lindenfels, in folgender Weise die Betriebserweiterung an: „Hierdurch teilen wir unserer verehrlichen Kundschaft mit, daß wir unsere Betriebe bedeutend vergrößert und mit den unserm Herrn Gg. Böhringer patentierten automatischen Schleif- und Poliermaschinen ausgestattet haben. Die sich hierdurch ergebenden eminenten Vorteile wollen wir unserer Kundschaft zukommen lassen und werden demzufolge unsere Preise erheblich reduzieren.“

Die Konkurrenz dieser Firma hat sich in der Monumentindustrie schon seit Jahren sehr stark fühlbar gemacht, jetzt wird sie noch mißlicher empfunden werden. Die Kundschaft kann mit niedrigen Preisen rechnen und die Arbeiter dürfen sicherlich auf Lohnzulage in der nächsten Zeit nicht hoffen. Der Konkurrenzkampf unter den Schleifereibetrieben kann also wieder rüstig weitergeführt werden. — Bemerkte sei, daß wir mit dieser Firma bisher einen Tarifvertrag nicht zum Abschluß bringen konnten.

**Bedauerliche Erscheinung.** Eine Lokalblatt in Redargemünd meldet, daß der Transport von Sandstein auf dem Neckar in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen sei. Früher waren 30 bis 40 Schiffe mit dem Steintransport beschäftigt, heute obliegen diesem Geschäft nur noch 4 Schiffe. Nach Mannheim und Worms kann heute überhaupt nicht mehr geliefert werden.

**Schwerer Unfall durch Leichtsinn.** Ein Steinarbeiter in Wilmshorst (Sachsen) nahm sich nach seiner Wohnung eine Dynamitpatrone mit. Er zeigte sie seinen zwei Kollegen; in diesem Augenblick explodierte die Patrone und die drei Arbeiter wurden schwer verletzt. — Unerklärlich ist, wie der Arbeiter einen so gefährlichen Sprengstoff nach seiner Wohnung mitnehmen konnte.

### Die Statistik auf der Internationalen Bauausstellung.

Um der Bedeutung der statistischen Materialsammlung im Bereich des Bauwesens gebührend Ausdruck zu geben, ist auch der Statistik auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig Raum gewährt worden. Die Arbeiten der Gruppe „Statistik“ richten sich einmal auf die sogenannte Ingenieurstatistik, dann auf die volkswirtschaftliche Statistik. Die Ingenieurstatistik, die dem Hochbau und dem Tiefbau und noch mehr dem Städtebau gilt, wird von einem besonderen Ingenieurbureau unter Mitwirkung führender statistischer Sachmänner ausgeführt. Die volkswirtschaftliche Statistik ist überwiegend den Statistikern von Fach überwiesen, die sich für diesen Zweck zusammengefunden haben. Unter Mitwirkung von Vertretern der andern Gruppen der Ausstellung ist hier ein Arbeitsprogramm aufgestellt worden, das sich auf folgendes Gebiet erstreckt: 1. die Grundbesitzstatistik, 2. die Grundbesitzwechselstatistik, 3. die Baustatistik, 4. die Wohnungsstatistik, 5. die Bevölkerungsstatistik, 6. die Verkehrstatistik, 7. die Sozialstatistik für das Baugewerbe, 8. die Baufinanzstatistik.

Die Baustatistik gilt den Neubauten aller Art, den An- und Umbauten, die als Veränderungsbauten zusammengefaßt werden können. In der Wohnungsstatistik soll mehr die Konsumtion der Bauobjekte behandelt werden, wozu die Bevölkerungsstatistik nicht unwesentliche Beiträge leisten soll. 3. B. durch die Feststellung der durch Eheschließungen notwendigen neuen Wohnungen, der für den Zugang nötigen Neuwohnungen, der durch Fortzug freierwerdenden Wohnungen.

Die Verkehrsstatistik beschäftigt sich mit dem Personenverkehr, dem Wagen-, dem Güterverkehr; der Ausbau z. B. der Straßen und Straßenbahnen wird durch die Kenntnis dieser Verhältnisse in die richtigen Wege geleitet.

Aus der Baustatistik soll die geschichtliche Entwicklung des Baugewerbes in seinem Umfang, in seiner Verteilung, in seiner Betriebsgröße näher gebracht werden. Daneben wird auch die Arbeiterstatistik für das Baugewerbe, der Beschäftigungsgrad, die Arbeitsvermittlung u. a. m. zu betrachten sein.

In einem besonderen Teil der Gruppe „Statistik“ wird den Fragen über die Geldbeschaffung im Baugewerbe, über die Kosten für Baubewilligung und Bauabnahme, der Bauaufsicht überhaupt, nachgegangen.

Im ganzen wird erwartet, daß durch die hier kurz geschilderte Arbeit in den acht Hauptabteilungen der Gruppe „Statistik“ eine für die Zukunft des Bauwesens nützliche Uebersicht entsteht. Es ist deshalb beschlossen worden, die Materialsammlungen für die Aus-

stellung in Kurgefaßten Uebersichten zu veröffentlichen. Um dem Besucher der Ausstellung einen Einblick in die Lebensfragen volkswirtschaftlicher Art für das Bauwesen zu geben, werden mehrere hundert statistische Bilder und andre Graphika diese Lebensfragen zeigen.

### Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 12. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Städteordnung von 1808. Von Fr. Mehring. — Wie es im Jahre 1885 stand. Ein Beitrag zur Geschichte der Wahlakt der Sozialdemokratie. Von Ed. Bernstein. — Der jüngste Radikalismus. Von R. Kautsky. — Landwirtschaftliche Streitfragen. Von Ernst Ehardt (Koschub bei Vialla). — Wie gewinnen wir die Jugend zwischen dem achtzehnten und einundzwanzigsten Lebensjahre? Von Richard Weimann. — Schriften zur Reichsversicherung. Von Gustav Hoch. — Literarische Rundschau: Penk, Dr. Albrecht, Professor an der Universität Berlin usw., Die Lage der deutschen Großstädte. Von ad. Dr. Lothar Engelbert Schilling, Das Elend der preussischen Verwaltung. Von Ernst Mehlisch. — Zeitschriftenchau. Von J. Köttgen.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 16. bis mit 21. Dezember 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Fürstenwalde, B. 1.60. Lüben, B. 3.—. Ortrand, B. 4.80. Dramburg, B. 11.20, K. 0.80. Jöblich, Ins. 5.60. Breslau, M. 9.—. Baugen, B. 118.—, K. 4.25. Kirchberg, B. 210.—, E. 15.—. Langensalza, B. 345.—. Schwerin, B. 5.—, E. 4.50. Seebach, B. 50.40, K. 11.60. Rütchen, B. 128.—, E. 1.—, K. 2.70, M. 0.20. Jena, B. 150.—. Freiburg, B. 150.—. Ehrenfriedersdorf, B. 3.06, K. 0.20, M. 0.40. Eiterhagen, B. 6.80, K. 0.70. Caffel, B. 100.—. Dziergowitz, Ins. 2.80. Stettin, Ins. 3.10. Dahme, B. 4.80. Wunsdorf, B. 15.—, E. 0.50, Div. 0.10. Rothenburg, B. 100.—. Bennigsen, B. 5.40, K. 0.20. Remmingen, B. 13.70, K. 0.55. Stargard, B. 31.50. Nürnberg, B. 641.—, E. 5.—, M. 30.—. Hasserode, B. 1030.—, E. 10.—, K. 30.—, M. 1.—. Schermitz, Ins. 3.55. Grefees, B. 168.—. Düsseldorf, B. 134.25. Wiedenbrück, B. 10.20. Leipzig, B. 2.40, Div. 27.40. Mülln, B. 3.—. Silmersdorf, B. 4.50, Div. 0.15. Offenbach a. M., B. 250.—, K. 10.—, M. 0.80. Wiesbaden, E. 33.75. Braunschweig, B. 83.60, E. 1.—, K. 2.40. Pechern, B. 5.—. Rabendorf, B. 2.—. Ludwig Geiß, Kassierer.

Selbstsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Hodenau (Schlesien).** Die Vertrauensleute werden ersucht, mir die Adresse des Steinmetz August Nulle, geb. zu Jarischau, zukommen zu lassen. Fritz Riebel, Kassierer.

**Marktbreit.** Der Steinmetz Adam Reeser möchte wegen Todesfalls seiner Mutter unverzüglich seine Adresse einsehen. Die Ortsverwaltung.

### Adressen-Änderungen.

**Gotha.** Vorj.: Joseph Bauer, Sundhausen bei Gotha, Harjesstraße 200.

**Halberstadt.** Vorj.: Theodor Hartnack, Vogtei 13. Kass.: Albert Thiemann, Wehrstedt, Kirchweg 95.

**Seuffen.** Kass.: Mathäus Fürbringer. Derselbe zahlt auch die Reiseunterstützung aus.

### Briefkasten.

**R. Heuschuer.** Die Adresse lautet: An die Redaktion des „Dennit“ Prag II, Byskizgasse 15. Dieses zentralistische Parteiblatt erscheint täglich. — R. Bezüglich des Arbeitsangebotes aus Kanada können wir eine Auskunft nicht geben. Es ist doch die Chiffrenummer angegeben.

### Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

## Anzeigen

Neuheit für Steinmetzen!



**Stockhammer**  
mit auswechselbaren Zahnflächen  
„Simplon“-Stockhammer.  
Prospekte gratis.

**Albert Baumann, Aue (Erzgeb. 12)**  
Härtwerk und Werkzeugfabrik.

**8 bis 10 tüchtige Pflastersteinhauer**  
stellt sofort ein (Bezahlung erfolgt nach Tarif)  
Firma M. Miener, Deheln (Amt Baldshut, Baden).

**Tüchtige Steinmetzen**  
steht noch ein  
L. Niggel, Mittelfeine (Schlesien).

**Steinbrecher, Steinbossierer, Kleinpflaster-Schläger**  
steht ein  
Franz Engelmann, Steinbruch Großsteinberg bei Grimma.

**Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte**  
**Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine**  
**Werkzeuge und Werkzeugstahl**  
empfehlen zu billigen Preisen

**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.  
Preisliste gratis und franko.

**Schürzen**  
Hausmachereinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jackets, Leder- und Wadst.-Hosen in eigener Anfertigung empfehlen preiswert

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.

**Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.**

**Gestorben.**  
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Berlin am 17. Dezember der Marmorsteinmetz Hermann Krüger, 49 Jahre alt, an Influenza und Herzlähmung.  
In Hamburg am 18. Dezember der Sandsteinmetz August Heinrich, 35 Jahre alt, an Kehlkopfentzündung.  
In Harburg am 16. Dezember der Sandsteinmetz Heinrich Mayer, 39 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Löwenberg am 19. Dezember der Sandsteinmetz August Reichmann, 28 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.  
In Strahburg (Elb) am 19. Dezember der Sandsteinmetz Karl Mohr, 38 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Taubenheim am 14. Dezember der Granitsteinmetz Oskar Wünsche, 34 Jahre alt, an einem Magentübel.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Aus dem Zentrums-Keram- und Steinarbeiterverband.

Der schwarze Verband hat in diesem Jahre nichts unversucht gelassen, um in der Steinindustrie weiteren Anhang zu gewinnen. Mit Terrorismusgeschichten gingen die Sekretäre hausieren, aber kein vernünftiger Mensch horchte auf diese abgedroschenen Phrasen. Mit dem Argument, daß die „Roten“ so und soviel Streiks verloren hätten, wollten sie ihre Anhänger einlullen, aber auch diese Redensart zog nicht. Herr Fromm, der jetzt den Keramikerverband leitet, zog selbst im Lande herum, um seine Agitationspauke halten zu können, aber sein Ruhm muß noch wenig bekannt sein, denn die Versammlungen waren meist schlecht besucht. Der neue „Stern“ scheint unter den Schwarzen noch wenig Zugkraft zu haben. Nun haben die Keramiker über die letzte Generalversammlung, die in Mayen im Rheinland stattfand, ein „wohlfrisiertes“ Protokoll herausgegeben, das wir aber doch mit einigen Bemerkungen streifen möchten.

Die Christlichen scheinen von gewerkschaftlicher Disziplin nicht allzuviel wissen zu wollen, denn der verflozene Zentralvorsitzende Lechner I sagt in seinem Bericht: „... daß einige Zahlstellen alle Gewerkschaftsdisziplin über acht gelassen und in den Streik getreten sind.“ Die führenden Personen bei den Keramikern haben somit in den eigenen Kreisen nicht allzuviel Einfluß. Wenn man sie allerdings reden hört, dann sind sie die „geschicktesten Leute“ der Welt, die die Arbeiter nach Belieben dirigieren können. Die „Klugheit“ bei der christlichen Führerschaft kommt auch im nachstehenden zum Ausdruck. Lechner I führte aus: „Der Streik in Kolberg hat uns wieder den Beweis geliefert, daß es verfehrt ist, mit Leuten, die erst einige Monate dem Verbande beigetreten sind, einen Lohnkampf zu führen. Die Erfahrung beweist, daß solche Bewegungen tödlicher verloren gehen.“ Diese Behauptung ist gewiß sehr richtig, mündern müssen wir uns allerdings nur, daß bei den Keramikern, die alle Kniffe der höheren Strategie und Diplomatie beherrschen, wenigstens ihrem Maulheldentum nach, solche Streiks überhaupt geführt werden. Bisher mußte man nach dem überaus wichtigen Getue der schwarzen Presse der Meinung sein, daß die Zentrums-gewerkschaftler Streiks gar nicht verlieren könnten. Streiks konnten ja nur die „tolpatschigen“ Roten verlieren, so konnte man es sehr häufig lesen.

Einem sehr erleuchteten Augenblick muß Lechner gehabt haben, als er ausführte:

„Die Erfahrungen beweisen, daß nicht von einer großen Beamtenschaft die Gewinnung von Mitgliedern abhängt, sondern von praktischer Gewerkschaftspolitik und reglamer Tätigkeit.“

Damit hat Lechner sehr recht. Er weiß, daß trotz des überaus großen Beamtenapparates der Keramikerverband nicht recht vorwärts gekommen ist.

Man muß sich überhaupt wundern, daß jenes Verbändchen einen so großen Beamtensatz auf die Dauer erhalten kann. Es dürfte ohne weiteres klar sein, daß der Keramikerverband auf eine andre Art und Weise sparen wird. Das zeigen nachstehende Ziffern:

	1910	1911
Ausgaben für Streiks und Nachreglungsunterstützung	28 257	21 470
Ausgaben für Agitation	16 407	16 916

Es sind somit die Agitationskosten beinahe so hoch als die für Streiks. Da verstehen wir, wenn Lechner die Nase sehr voll hat wegen einer eventuell weiteren Beamtensanstellung. Die Gehälter und Verwaltungsausgaben der Zentrale betragen in den zwei Jahren überdies noch etwa 21 000 Mk. Für die Wirtschaftskämpfe gab der Verband in zwei Jahren knapp 40 000 Mk. aus, für Agitation, Gehälter und Verwaltung aber die ungeheure Summe von

54 000 Mk. Da müssen wir schon fragen, finden denn die Keramiker das Geld auf der Straße, wenn sie so wirtschaften können! — Kollegen, das müßt ihr den christlichen Bezirksleitern gehörig unter die Nase reiben, wenn sich in Versammlungen die Gelegenheit dazu bietet.

Die Keramiker prunken gerne mit ihren 204 Zahlstellen, dabei beträgt die Gesamtmitgliederzahl bloß 7074. Mit hin kommen auf eine Zahlstelle durchschnittlich netto 34 Mitglieder. Damit ist die Bedeutungslosigkeit der Keramiker bei allen Aktionen erbarmlich. Und wer weiß, ob überhaupt die Mitgliederzahlen richtig angegeben sind. — Mit Zahlen können die Christen absolut nicht sicher umspringen. Fromm gab den Hauptkassenbestand auf 41 130 Mk. an, bei der genaueren Detaillierung des Bestandes aber weist er bloß 40 123 Mk. nach. Wir fragen: wo kommt die Differenz dieser tausend Mark her? Einer exakten Bezugsrichterstattung kann sich somit Herr Fromm nicht rühmen. Dieser Redner führte wegen der Fluktuation noch aus:

„Wo keine Bewegung ist, tritt Fäulnis ein. So auch in unsern (Keramiker) Zahlstellen.“

Herr Fromm wird aber diese Fäulnis kaum beseitigen können. Aber dieses Eingeständnis wollen wir festhalten.

Warum die Zentrums-gewerkschaftler ihre Abrechnungen nicht im Verbandsorgan veröffentlichen, hat Herr Brendel recht nativ dazutun versucht. Er meint:

„Die Arbeitgeber sind ja auch nicht so weitherzig und legen uns ihre Abrechnungen vor. Auf unsre Gegner im roten Lager brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen.“

Die Ausrufe des Brendel ist eine recht windige. Die Abrechnungen veröffentlichten jene Herren im Verbandsorgan deshalb nicht, weil sie etnen beschämend niedrigen Kassenbestand haben, und weil die Agitationskosten so horrend sind. Ausgerechnet Brendel als 2. Vorsitzender ist es, der gegen eine öffentliche Publikation Sturm läßt, ihm fällt das Herz in die Hose, wenn das Unternehmertum von einem „solchen“ Kassenbestand Wind bekommen könnte. Im „roten“ Steinarbeiterverband sind die Mitglieder über die Praxis, die Abrechnungen vierteljährswise zu veröffentlichen, sehr zufrieden, und so mancher Unternehmer hat bei der Prüfung der soliden Buchführung gefunden, daß es nicht leicht ist, mit einem so gut strukturierten Gegner anzubandeln.

Zur Frage der Jugendorganisation sprach auch der schwarze Generalstimus Stegerwald-Rdn. Eine Stelle aus seiner Rede ist besonders bemerkenswert:

„Wir müssen ferner den Jugendlichen etwas bieten. Das vom Referenten vorgelegte Jugendstatut geht zu weit. Macht ihr ein solch ausführliches Statut, so machen es die Sozialdemokraten nach. (Quatsch! D. Red.) Diese bekommen dann von der Polizei Schwierigkeiten. Wir müssen dann genau so behandelt werden.“

Damit gibt Stegerwald zu, daß den „freien“ Jugendverbänden das Leben recht sauer gemacht wird und weiter gibt er zu, daß die Zentrums-gewerkschaften von den Behörden mit einem andern Maß gemessen werden. Das ist allerdings schon längst bekannt, aber die Schwarzen wollen immer noch außen hin gerne die Unterdrückten mimen. — Mit seinen Ausführungen zeigt aber Stegerwald, daß er nichts dagegen hat, wenn die freien Jugendorganisationen von der Polizei scharf angefaßt werden.

Ueber das Thema: Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks referierte Küper-Dortmund. Seine Schlussbemerkungen lauteten: „Was ist zu tun, wenn die Lage unerträglich wird, wenn Verhandlungen weder durch Verband noch durch Mittelspersonen ermöglicht sind, ein Streit wegen den fehlenden Voraussetzungen keinen Erfolg verspricht, ein Abbruch der Bewegung den Verlust der Zahlstelle bedeutet und obendrein die Arbeitgeber in richtiger Erkenntnis der Situation mit Ausperrung drohen? Es sind die Gedanken der Arbeiter auf ganz neue Gesichtspunkte

zu lenken. Zum Beispiel: Eine Versammlung von anderer Seite, (Wahl! Red.), evangelischer oder katholischer Volksverein, Arbeiterverein, eine Kundgebung an die Frauen, ein Fest! und dergleichen mehr.“

Mit seinen Ausführungen hat Herr Küper zugegeben, daß die christlichen Führer in künftigen Situationen die Arbeiter einzulullen versuchen. Die Führer haben anscheinend nicht den Mut, den Mitgliedern zu sagen, daß in diesem oder jenem Fall nichts erreicht werden kann, ergo, müssen diese „abgelenkt“ werden, damit die Schwäche der Keramiker nicht so zum Vorschein kommt. Das sind ja nette gewerkschaftliche Praktiken, welche die Herren anwenden, um ihre Mitglieder einzulullen. Wenn die Keramiker eben eine Bewegung nicht durchführen können, dann sollen die Mitglieder sogar noch zu einem Fest zusammengetrommelt werden, dort soll ihnen womöglich die Bedeutung der Zentrums-partei oder einer andern Einrichtung vorgegaukelt werden. Mit Pauken und Trompetenschall und mittels Tanzvergnügens soll hintenherum erzielt werden, daß die Schwachheit des Keramikerverbandes nicht dementsprechend ruckbar wird. Man muß sich nur wundern, daß die Delegierten nicht sofort diese erbärmlichen Ratschläge zurückgewiesen haben.

Ein eigenartiges Mißgeschick erlitt der Zentralvorsitzende Lechner. Er hat als solcher Herrn Fromm weichen müssen. Daß Lechner kaum aus eigenem Entschlusse zurücktrat, geht aus dem Schlusspassus seiner mündlichen Berichterstattung hervor. Lechner sagte:

„Vor die Front mit dieser Kämpferschar! Stellen wir uns an die Spitze dieser Männer, und die Zukunft muß uns gehören.“

Einige Stunden später nach dieser vollbrachten bewunderungswürdigen Wortathletik verschwand Herr Lechner von der Spitze der Organisation. Das Schicksal hat somit mit Lechner die reine Ironie gespielt. Daß er nicht freiwillig zurücktreten wollte, das beweist doch die zitierte Rede-wendung. Sang- und Klanglos verschwand Lechner von der „Spitze“ und über den näheren Verlauf der Wahl gibt das Protokoll nicht den geringsten Aufschluß. Vielleicht hat man einigen Grund zu dieser Geheimniskrämerei.

Recht auffällig ist, daß bei den geführten Streiks nicht ausgewiesen ist, was sie „einzeln“ gekostet haben. Es liegt die Vermutung nahe, daß bei der Ausführung des Gesamtpostens auch noch Agitationskosten dabei mitinbegriffen sind.

Gedenken wollen wir auch des glücklichen Bürgermeisters Dr. Kuhl (Mayen), der zu den Delegierten sagte: „Es war eine der frohesten Stunden meines Lebens, als ich erfahren habe, daß die Steinarbeitervereinigung sich dem Zentralverbände der Keramiker angeschlossen hat.“ Herr Dr. Kuhl hat also den Keramikern ordentlich den Bart gestrichen. Wie entzückt wird da der „Generalstab“ gewesen sein.

In der Steinindustrie ist der schwarze Verband mit ganzen 16 Tarifverträgen vertreten, dabei sind noch einige, die bloß mit Kleinmeistern abgeschlossen sind. Im Bayrischen Wald sind sie ebenfalls bloß mit einigen Männchen am Bezirkstarif beteiligt.

Die christlichen Führer werden auch weiter versuchen, die Gewerkschaftshelden spielen zu wollen, wir werden ihnen aber immer wieder die Maske herunterreißen.

## Mißglückte Verschmelzungs-befrebungen bei den Bildhauern.

In der vorigen Woche wurde im Verbands der Bildhauer die Urabstimmung wegen der Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband vorgenommen. Die Generalversammlung der Bildhauer, welche im Mai dieses Jahres in München stattfand, machte den Ausschluß von der Urabstimmung abhängig, wobei eine Zweidrittelmehrheit verlangt wurde. Die Urabstimmung ergab

## Steinbruchstimmungsbild.

Die nahe Lurmuhr verkündet in ehernen Klängen die sechste Morgenstunde. Stöhnend warf sich Georg im Bette auf die andre Seite. Gleich Zeit zum Aufstehen, und noch so müde, wie zer schlagen wühlte er seine Glieder. Draußen in der Küche hantierte Marie, seine Frau, schon am Herd herum. „Georg, der Kaffee ist fertig!“ lispelt sie jetzt (um die beiden Kleinen noch nicht zu wecken) zum Vorhang herein, der Schlafzimmers und Küche trennte. — „Ja,“ sagt der, macht aber trotzdem keine Anstalten zum Aufstehen; gleich ist er wieder eingebüßelt. Nach einer Weile kommt Marie und schüttelt ihn an der Schulter. „Aber jetzt ist's höchste Zeit!“ Ein Donnerwetter marmelt er durch die Zähne und wirft die Bettdecke zur Seite. Nun aber rasch in die Kleider, den Kaffee stehend hinabgeschluckt. „Ist aber satramentlich auf dem Deu er gekocht,“ meint er halbwegs, da derselbe etwas heiß ist; eine Semmel in die Tasche gesteckt, den Brotsack umgehängt, Kaffeekanne und Stod in der Hand, stampft er mit kurzem „Adieu!“ zur Türe hinaus. — Ein feuchtkalter, nebliger Morgen empfängt ihn. Es stürmt und regnet mit Schnee vermischt. Er knüpft seinen Rock zu und stemmt sich, vornüber gebeugt, gegen den Sturm. — Der Weg geht über einen steilen Berg ins nächste Tal, wo die größeren Steinbrüche liegen; ein steinigere Pfad ist zu passieren, oft stolpert der Fuß über kleinere runde Steine, denn es ist noch dunkel. Wie ein großes, graues Leihentuch bedeckt der Nebel das Tal, die knorrigen Kiefern, die den Waldbestand bilden, gespenstisch erscheinen lassend, nur auf der Höhe wird es etwas lichter. Was im Tale noch Regen war, ist auf der Höhe Schnee. Tannen und Fichte sind weiß und beugen sich unter der weißen, feuchten Last. — Jetzt wird es lebendig im Walde. Der Weg kreuzt einen andern, durch den die Steinbrüche eher zu erreichen sind, ist aber mit einer kleinen Kletterpartie verbunden. Im Nebel tauchen jetzt überall Gestalten auf, die dem gleichen Ziele zustreben. „Guten Morgen, Kollegen!“ „Ein Sauwetter heute!“ „Hat dich die Mee nicht weggeblasen, weil du hier heraufgeleitet kommst, hats wieder presiert?“ So klingen Scherzworte hinüber und herüber. „Ein kritischer Tag erster Ordnung,“ meint ein Kollege, der nicht zum Scherzen aufgelegt ist. — „Da wird unser Polier wieder eins schneiden,“ meint ein anderer, „der hat immer ein Gesicht auf, wenn das Wetter so beschaffen ist.“

Der Steinbruch selbst hat heute ein Aussehen wie eine einzige große, schlammlige Pfütze. Der Boden ist nicht imstande, all den Regen aufzufangen; bis an die Knöchel reicht der Schlamm. Die Mehrzahl der Arbeiter ist im Betriebe schon anwesend, nur

einige Nachzügler treffen noch ein. In der Unterkunftsstube wird das Frühstück abgelegt, alles ist in reger Unterhaltung begriffen. „Kollege 3 hat sich krank gemeldet,“ sagt Karl. — In der Ecke hört man einen unterdrückten Husten. „Für dich wäre es auch Zeit,“ bemerkt ein zweiter nach der Ecke zu. — „Ja,“ bemerkt ein dritter, „das ist ein Wetter, wo die gefunden Leute krank werden und die Kranken sterben.“

Ein „Auf!“ des Poliers bringt Leben unter die Kollegen; alles begibt sich an die Arbeit. Die Röhrlinge werden mittels zweirädrigen, niedrigen Karren aufgebaukt. Die zähe, schlammige Masse wickelt sich um die Räder; trotz größter Kraftanstrengung geht es nur langsam vorwärts. Der Polier hat schon zugehauert; es geht ihm zu langsam, wirklich hat er ein Gesicht aufgesetzt wie 14 Tage Regenwetter. Er umkreist den Steinbruch wie ein Raubvogel, der sich seine Beute heraussucht, um dann auf sie niederzustofen, wie ein Kollege zum Nebenmenschen spricht. „Auf wen wird er stoßen?“ „Du, spricht der weiter, „der Meister 2. hat seine sämtlichen Arbeiter entlassen, bei Sch. mühten acht Mann aufhören, bei B. werden sie auch bald fertig sein.“ — „Ja,“ erwidert der andre, „betrachte nur das Gesicht unsres Antreibers, das ist auch mit ein Gradmesser der Konjunktur im Tale. Was meinst, Karl, in D. ist das Fleisch wieder um 10 Pf. aufgeschlagen, es kostet jetzt 1 Mark; wenn man nur die Märkte auch so leicht verdienen würde.“ — „Ja, so paßt heutzutage alles zusammen: Wetter — Politik — Teuerung — Konjunktur — Antreiber — das ist die göttliche Weltordnung, Georg; wenn das nicht zieht, daß den Arbeitern die Augen aufgehen, dann zieht gar nichts mehr.“

„Kollege,“ sagt einer, der in dem größten Schlamm einen schweren Stein herausgeschafft hatte, „gib mir einmal deine trodrene Schürze, um meine Hände zu trodnen, die meine ist wie aus der Pfütze gezogen, und schau einmal meine rissigen Hände an und wie kalt sie sind.“ Er breitet die Arme weit aus und schlägt sie kräftig um die Schultern, um die steifen Finger zu erwärmen. Da auf einmal ertönt ein gellender Ruf. — Auf der südlichen Seite des Steinbruchs ist ein zirka 20 Kubikmeter großer Felsblock abgestürzt, zwei brave Brecher darunter begraben. Alles stürzte nach der Unglücksstelle, aber zu retten war nichts mehr, denn die beiden lagen völlig zerquetschert unter dem Gestein. Stundenlang mühten die Arbeiter winden, um die Getöteten freizubekommen. — Dem Polier waren nun die fastigen Ausdrücke nicht mehr geläufig. Vielmehr plagte ihn doch das Gewissen, daß ihn die Brecher auf den unterminierten Felsen schon lange aufmerksam gemacht hatten. — Diesen unglückseligen Tag, welcher zwei braven Kollegen das Leben kostete, werde ich nie vergessen. J. K.

## Einiges über Operationsfurcht.

Von Dr. med. Löhm ann.

Der Laie verbindet mit dem Begriffe Operation stets den Gedanken an einen größeren schweren chirurgischen Eingriff, während im medizinisch-technischen Sinne jede „mechanische Hilfeleistung des Arztes, bei welcher chirurgische Instrumente gebraucht werden“, eine Operation darstellt. Auch der naturgemäße Unterschied zwischen blutigen und unblutigen Operationen ist dem Nichtmediziner kaum geläufig, dem eine unblutige Operation, z. B. eine oft recht schwierige Fremdkörperentfernung aus der Speiseröhre oder Aehnliches nicht als Operation imponiert. Es wird deshalb im folgenden nur von Operationen im engeren Sinne des Latien die Rede sein.

Zur Vornahme einer Operation ist zunächst erforderlich, daß ein dazu besonders befähigter Arzt, ein Spezialarzt für Chirurgie, die Indikation, d. h. die Anzeige, gestellt resp. anerkannt hat. Erst wenn die weniger eingreifenden Behandlungsmethoden der inneren Medizin keinen Erfolg mehr versprechen, wird in der Regel an die Hilfe des Chirurgen appelliert, vorausgesetzt natürlich, daß die Art des betr. Leidens einer chirurgischen Behandlung zugänglich ist. Das Für und Wider (Indikation und Kontraindikation) bei derartiger Entscheidung ist naturgemäß ausschließlich Sache des Spezialarztes für Chirurgie, dessen Urteil für jeden vernünftig denkenden Menschen allein maßgebend sein sollte. Der ausgesprochenen Notwendigkeit einer Operation sich aus „Furcht vor dem Messer“ entziehen zu wollen, würde eine später oft bitter bereute Schwäche darstellen. Diese Furcht, so verständlich dieselbe auch an sich sein mag, ist vielfach unnötig und übertrieben, wie ich an einzelnen besonders geäußerten Bedenken darzutun versuchen werde.

Man begegnet manchmal der Beforgnis, daß ein Chirurg in einer gewissen Ueberhäufung seiner Leistungsfähigkeit und seines Spezialfaches zum Operieren sich entschließen könnte, ohne ausreichende Indikation. Hierbei vergißt man aber, daß ein Chirurg, wie bei jeder andere Arzt, durch seine notwendigen ärztlichen Mitarbeiter (Assistenten) stets einer sachmännlichen Kritik bei seinen Entscheidungen und seiner Arbeit sich ausgesetzt sieht, ganz abgesehen davon, daß es eine wohl glücklicherweise äußerst seltene Gewissenlosigkeit darstellen würde, wenn ein Arzt bei seinen folgenschweren Entscheidungen anderen Einflüssen als ausschließlich den Grundzügen seines Faches und seinem ärztlichen Gewissen folgen würde.

